Thüringer Antifa Nachrichten

Kommt der Faschismus wieder über Rom?

Am 21.11.1993 wählte Italien in einigen wichtigen Kommunen die Bürgermeister. Das Ergebnis: Die Konservativen sind auf 10% dezimiert, die sozialdemokratische Partei (PSI) ist von der politischen Landkarte faktisch verschwunden, pds und die gesamte Linke sind gestärkt, die neofaschistische MSI bzw. La Lega wurden in einigen Kommunen zur stärksten Partei. Es ist zu befürchten, daß bei den Stichwahlen am 5.12. zu den 26 bereits neofaschistisch regierten Kommunen weitere hinzukommen werden.

Der Marsch des italienischen Neofaschismus in das Zentrum der Macht scheint sich wie schon 1923 wieder in Rom zu entscheiden. Zwar konnte der Kandidat der Linken (pds (ehem. PCI), Grüne u.a.) mit 39,7% die Mehrheit erlangen, mit 35,4 % für den Generalsekretär der MSI und 30,9% für die MSI, ist der Neofaschismus die vorläufig stärkste Partei in Rom. Auch in Neapel konnte die Mussolini Nichte mit 31,2%, auch wenn der Kandidat der Linken 41,6% bekommen hat, die MSI zur stärksten Partei machen.
Im Norden konnte, beispielsweise in Genua, die Lega - die neofaschistische Bewegung in Norditaliens - mit 28,9 % zweitstärkste Kraft nach der pds werden.

Der Beginn des Marsches auf Rom: Frühjahr 1978

Im Frühjahr 1978 wurde Silvio Berlusconi, heute Medienzaar Nr. 1 in Italien, in den Reihen der Freimaurerloge P2 aufgenommen. Die Loge P2, ein Bündnis aus Rechtskonservativen, Neofaschisten, Militär, Geheimdiensten und Mafia aus ganz Europa, hatte sich zum Ziel gesetzt Italien so zu deregulieren, daß die Italiener für einen rechten "Putsch" reif gemacht werden. Auch wenn die Öffentlichkeit davon ausgehen konnte, daß die Loge P2 zerschlagen wurde, lebte und agierte sie in verschiedenen Geheimbünden, mit relevanten Einfluß im gesellschaftlichen Leben Italiens weiter.

Zwei entscheidende Ziele hat sie heute erreicht:
1.) In Italien läuft nichts ohne die Zustimmung der "Freimaurer". Veröffentlichte Namenslisten machen deutlich, daß in allen - wirklich in allen - Lebensbereichen Italiens ohne diese "geheime Macht" nichts läuft. Politische und wirtschaftliche Korruption und Mord und nicht demokratische Wahlen entscheiden über die Geschicke der ItalienerInnen. Die Kräfte, die entscheidend an der Ent-

Fortsetzung Seite 2



Italien SchülerInnen rebellieren: In Palermo, Neapel, Rom, Mailand, Bologna usw. ging ein Tag nach der Wahl nichts mehr. In mehr als 60 Schulen streikten die SchülerInnen gegen Neofaschismus und Rassismus

Diskussionsforum: Wahljahr '94

Im nächsten Jahr stehen insgesamt 12 Wahlen an, Kommunal-,Landtags- und die Bundestagswahlen. Für alle AntifaschistInnen, ob sie in Wahlen nun mehr oder weniger einen Sinn sehen, wird es auf jeden Fall wichtig sein sich dazu zu verhalten. Trotz unserer Unterschiede in der Betrachtung des Sinns oder Unsinns von Wahlen, wäre es notwendig, angesichts der deutlichen Zunahme der Faschisten und vor allem der inzwischen von allen Parteien unverblümt geführten rassistischen Wahlkampfes einen gemeinsamen Kampf gegen Rassismus, Sexismus und Faschismus zu führen. Über diesbezügliche Strategien soll es in den Antifa Nachrichten eine Diskussion geben. Die ersten Meinungen veröffentlichen wir in dieser Ausgabe. **Wir hoffen, das sich noch mehr unser LeserInnen beteiligen und uns ihre Beiträge zuschicken.**

Siehe Seite 3 ff.

Die Antifa Nachrichten Thüringen sind tot, es leben die Thüringer Antifa Nachrichten

Aus organisatorischen Gründen werden die Antifa Nachrichten Thüringen eingestellt. Da unseres Erachtens die Antirassistische Bewegung in Thüringen ein Publikationsorgan braucht, wollen wir mit den "Thüringer Antifa Nachrichten" die begonnene Arbeit fortsetzen.
Die Nummer eins der ThAN wird inhaltlich an den Antifa Nachrichten Thüringen ansetzen.
Es bleibt bei dem Konzept, daß **alle** Menschen und Initiativen, gleichgültig welcher politischer Überzeugung, in den ThAN ein Sprachrohr haben sollen. Wir wollen ein Diskussions- und Informationsforum unterschiedlicher Denk- und Lösungsansätze anbieten. Die ThAN bieten örtlichen Initiativen auch an, ihre Mitteilungen, Veranstaltungen und Infos in dieser zu veröffentlichen.
Die Redaktion


Alessandra Mussolini

wicklung gewirkt haben, die MSI, La Lega und Berlusconi, treten jetzt, wo die Lage für alle ItalienerInnen offensichtlich geworden ist, als Retter der Ordnung, Gerechtigkeit und der Antikorruption auf.
Silvio Berlusconi, der sich in den vergangenen Jahren politisch eher zurückhaltend verhalten hat und sich auftragsgemäß mit der Konzentration der Medien in seiner Hand beschäftigt hat, ist einen Tag nach den Kommunalwahlen mit dem Aufruf an die Öffentlichkeit getreten, die MSI als neue, konservative Kraft zu wählen.
2.) Die Konservativen - democratia cristiana -, die sich in den letzten 20 Jahren als unfähig erwiesen haben, den Rechtskonservatismus zu stärken und entsprechend dem englischen Vorbild - Thatcher - die Linke und die italienische Gewerkschaftsbewegung entscheidend zu schlagen, ist von der politischen Landkarte Italiens gefegt. In vielen Kommunen ist sie als politische Kraft, die immerhin die Staatsregierung stellt, gar nicht angetreten. Da, wo sie antrat, degenerierte sie zur 10% Partei. Ihre Führungsleute und Minister sind fast alle wegen Korruption strafrechtlich belangt. Kurzum: Sie ist demontiert!

Die Konservativen laufen zum Neofaschismus über

Es erscheint mir nicht gewagt, die Feststellung zu treffen, daß sich das italienische Kapital, ähnlich, wie in den 20er Jahren, einen neuen Bündnispartner, den Neofaschismus, erkoren hat und Finanz- und Medienmacht einsetzt, um die Ablösung des Konservatismus durch den Neofaschismus zu erreichen. Ca. 30 - 40 % der WählerInnen sind diesem "Aufruf" gefolgt. Das Stimmenpotential der MSI und der Lega kommt aus der dc (ital. CDU), Teilen der Craxi-Sozialisten und anderen bürgerlichen Parteien.

Vorbild für den deutschen Neofaschismus?

Schönhuber war der erste Gratulant des MSI Erfolges.
Die Strategie der Machtergreifung - der Orientierung der Massen auf den Faschismus - kommt, wie in den 20er Jahren, wieder vom italienischen Faschismus.
Die Angst vor Korruption, Armut, Arbeitslosigkeit und Unsicherheit wird geschaffen und zur Erlangung der Zustimmung durch die WählerInnen stimuliert.
Noch bindet der deutsche Konservatismus potentielle Wähler des Neofaschismus, **noch** ist Tangentopoli (italienischer Begriff für die Allgegenwertigkeit von Korruption, Verbrechen und Ausschaltung demokratischer Organe) scheinbar nur ein italienisches Phänomen, **noch** hält die deutsche Sozialdemokratie stand, **noch** gibt es keinen neofaschistischen Bürgermeister.

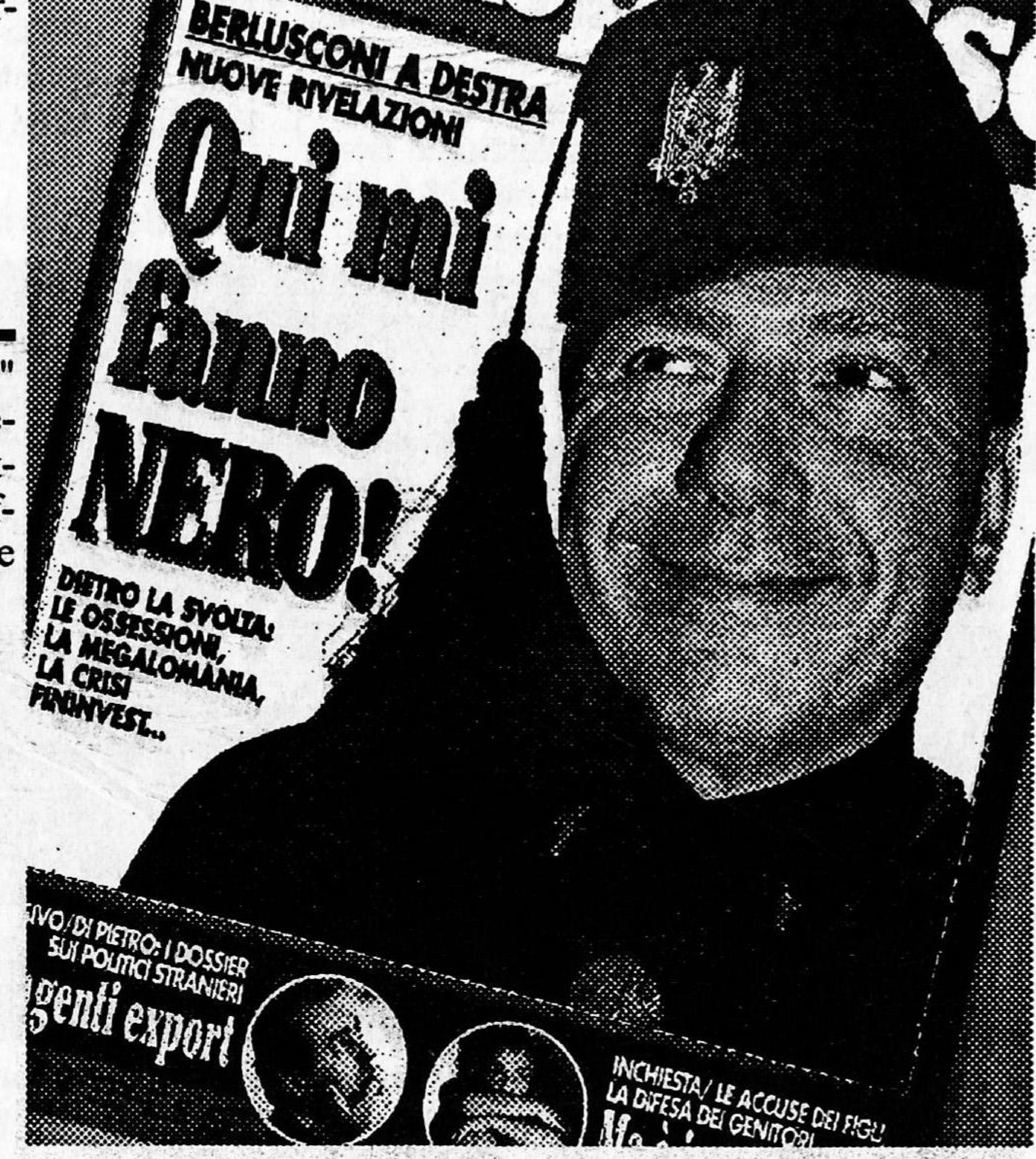
Der gleiche Weg wird nicht der selbe sein!

Das "Superwahljahr" 1994 wird keine italienischen, sondern deutsche Verhältnisse schaffen. Diese Verhältnisse werden aber, wenn es dem Antifaschismus, Linken und Gewerkschaften nicht gelingt, eine starke Gegenposition zu entwickeln, mit 10 bis 25 % neofaschistischen Wählerpotential die gleiche Wirkung erzielen, wie der italienische Neofaschismus mit 25 bis 40 %.
So wie es dem deutschen Neofaschismus gelungen ist, in den letzten 10 Jahren seine Positionen in der Asyl- und Ausländerfrage mehrheitsfähig zu machen, so ist es denkbar, daß es nach 1994 mit gestärkter Basis möglich ist, antisoziale, antidemokratische und Deregulierungskonzepte des bundesdeutschen Kapitals hoffähig zu machen.
Die Folge wäre ein autoritär-faschistischer Staat mit demokratischen Antlitz.

Der italienische Weg zeigt, daß eine machtvolle Gegenposition möglich ist.

Die spektakulären Wahlerfolge des Neofaschismus und das Ende der Intergrationsfähigkeit christdemokratischer Politik sind die eine Seite der Medaille.
Die andere Seite ist aber, daß es den Bündnissen aus pds, Teilen der Sozialdemokratie, Linksradikalen, Grünen und aufgeklärten Bürgertum vorerst gelungen ist, in allen Kommunen die Mehrheit der Stimmen auf sich zu vereinigen. Damit ist die italienische Auseinandersetzung zwar nicht entschieden, sie zeigt aber den Weg in eine humanistische Zukunft.

Tonio Sciavo



5.12. Italien: Die Allianz aus Phantasie, Mut und Humanismus hat noch einmal den Vormarsch der Söhne des Kapitalismus - Rassismus/Sexismus/Faschismus -, die Bürgermeister-Sesseln in Rom, Neapel und Genua zu besetzen, gestoppt.

5.12. Brandenburg: Die CDU begibt sich in die Nähe ihrer Parteikumpanen aus Italien und wird bei den Kommunalwahlen schwächer als die PDS

Ist Deutschland auf dem "rechten" Weg ?

oder

lassen sich Faschisten in den Parlamenten verhindern?

1994 ist ein Jahr der Wahlen in Deutschland und natürlich auch in Thüringen. Da stehen neben den Europawahlen die Kommunalwahlen und die Landtagswahlen an und auch im neuen Bonner Bundestagsgebäude wollen Abgeordnete einziehen. In der gegenwärtigen Situation in Deutschland wie in Thüringen entbrennen immer häufiger Debatten darum, wie mensch mit der Frage der Kandidatur von neofaschistischen Bewerbern und Parteien für die Mandate in den Parlamenten umgehen soll.

Die Meinungen gehen in dieser Frage weit auseinander.
Die einen sagen "das muß ein demokratischer Rechtsstaat schon aushalten, wenn die extremen Parteien in die Parlamente einziehen, und Frankreich und andere europäische Länder leben ja schließlich schon seit Jahren mit diesen Leuten in den Parlamenten."
Andere sagen wieder, daß eine solche Situation gerade in Deutschland vor dem Hintergrund unserer Vergangenheit undenkbar und unzumutbar ist.

In der Tat ist es so, daß auch in Thüringen der Kampf um die Gunst des Wählers ausgebrochen ist. Seit einiger Zeit schon stellen Antifa-Organisationen und Bündnisse eine Zunahme der neofaschistischen Aktivitäten fest. (Nur das LKA und der Verfassungsschutz merken nichts von alledem) Neue rechtsexkonservative (Grauzone) Organisationen und Parteien, wie z.B. die Thüringer Volkspartei wurden gebildet. Die NPD und andere neofaschistische Organisationen und Parteien versuchen, mit großem Aufwand den formalen Erfordernissen des Wahlgesetzes gerecht zu werden und ihre Kandidaten auf Landeslisten zu nominieren. Versuche der Abstimmung der verschiedensten rechtsextremen Organisationen untereinander finden statt.
Die Erfahrungen der BrandenburgerInnen (in Brandenburg wurde bereits am 5.12. 1993 gewählt) zeigen, daß diese Abstimmung zu "Wahlgebieten" und "Wahlinhalten" auch erfolgreich praktiziert wird. In Cottbus fand die Aufteilung der Inhalte und Wahlkreise zwischen "Deutscher Liga für Volk und Heimat" und DSU statt. Ein weiterer Beleg für die zunehmende Vernetzung von Neonaziorganisationen in Deutschland.(von dem der Verfassungsschutz nichts wissen will, oder nichts verlauten läßt)
Festzustellen ist, daß rechtsextreme Positionen durch bestimmte Politiker der CDU im Thüringer Landtag schon zur genüge vertreten werden. Was ändert sich also, wenn die Neonazis selbst in den Landtag oder in die Kommunalparlamente kommen? Im übrigen sind die "Republikaner" schon durch den Übertritt des Abgeordneten Ritter (siehe "Meldungen") von der CDU in die Partei der "Republikaner" im Thüringer Landtag vertreten.
Trotz alledem.
Neonazis, egal in welchem Mäntelchen sie daherkommen, haben nichts in einem Parlament zu suchen. Es geht nicht darum, allein ein Verbot zu fordern, sondern vielmehr muß es einen breiten gesellschaftlichen Konsens gegen Neofaschisten und deren Politik geben, vor allem eingedenk der geschichtlichen Verantwortung der Deutschen vor den anderen Völkern dieser Welt.
Drei Spannungsfelder sind es, die Beachtung finden sollten:
1.Das gesellschaftliche Klima ist durch die Politik so zu gestalten, daß der Wähler in faschistischen Wertvorstellungen keine Alternative sieht und demzufolge seine Wahlentscheidung gegen Neonazis trifft. Dabei wird immer deutlicher, daß derzeitige Politikstrukturen und -vorstellungen nicht mehr in der Lage sind die Probleme zu lösen. Klar ist auch, daß die Politik gerade auf diesem Feld gegenwärtig versagt oder im Gegenteil die Entwicklung nach rechts mindestens begünstigt.
2.Es ist Aufgabe des demokratischen Rechtsstaates, alle legitimen Mittel zum Schutz der Demokratie einzusetzen, auch mit dem Verbot von Parteien und Organisationen, deren Programm und Tätigkeit gegen die Demokratie gerichtet sind oder aber von denen Volksverhetzung u.a. betrieben werden.
3.Diese Situation ist eine Herausforderung für alle demokratischen, linken, und antifaschistischen Kräfte in der BRD und hier in Thüringen. Ihr Engagement und ihre Alternativen sind gefragt, wenn es der Offensive des Neofaschismus zu begegnen gilt.

Von großer Bedeutung ist es in der gegenwärtigen Zeit, den Menschein in der Gegenwart eine sozial abgesicherte Existenz zu ermöglichen, die ein solidarisches Miteinander gestattet, sowie eine Zukunfsvorstellung zu vermitteln, die weiter trägt als bis in den nächsten Tag.

Die Frage nach den Aktivitäten von Neonazis in den Parlamenten ist durch "Republikaner" und andere längst beantwortet. Im wesentlichen beschränken sich die Aktivitäten auf das ständige Wiederholen von einfachen Parolen. Sachanträge zur Verbesserung der Situation der Menschen wurden von Neonazis noch in keinem Parlament gestellt.

SJ

Wählen - eine kleinbürgerliche Angelegenheit

Innerhalb der "autonomen" Antifa Szene in Thüringen, die zahlenmäßig mobilisierungsfähigste Kraft zur Behinderung faschistischer Treffen, wird über Wahlboykott diskutiert. Wie sollte es auch in einer von autonomen West -Mythen geprägten Szene anders sein?
Hinter dem Hintergrund einer mehr als diffusen Gesellschafts- und Systemanalyse, in der dieser Staat als menschenverachtend und nicht reformierbar benannt wird, ist natürlich auch das Beteiligen an Wahlen ein Ansatz von Reformisten, den die wahren RevolutionärInnen nur bekämpfen können.
Neben allen Parolen, wollen wir, einige Erfurter Antifas, versuchen, knapp den Parlamentarismus und unsere Kritik an ihm, sowie die derzeitige gesellschaftliche Situation zu beleuchten und daraus zu einem politischen Verhalten zu kommen.

Die Geschichte der West-Grünen, ihre zunehmende Integration in staatlich/bürokratische Mechanismen und der zunehmende Verlust linker Inhalte, bei ihrem Versuch an Schaltstellen staatlicher Macht zu gelangen, hat für viele West-Linke gezeigt, daß der Weg, über die Parlamente zu politischem Einfluß zu gelangen, uns, bei der Beteiligung an Parteiarbeit nahezu automatisch von unseren
1. ursprünglichen Zielen und (damit verknüpft)
2. Formen der politischen Arbeit entfernt.

Zu 1:
Es ist uns in diesem Parlament allein aus Gründen der Legalität nicht möglich, unsere Formen politischer Arbeit parlamentarisch zu vertreten, z.B.

- Verstecken, Fluchthilfe für Flüchtlinge
- Aufruf zur Desertation von Soldaten
- Unterstützung von, der von uns als legitim betrachteten auch bewaffnet kämpfenden, Freiheitsbewegungen
- militante Angriffe auf neo-nazistische Strukturen
- militante Verteidigung von durch Faschisten bedrohten Flüchtlingsheimen und linken Projekten

Zu 2.
Wir versuchen, unsere Politik basisdemokratisch zu bestimmen, d.h. Entscheidungen werden per Konsensentscheid getroffen. Wir versuchen interne Hierachie mit unkontrollierbaren und Dauerfunktionären, die durch Informationsmonopole Macht ausüben und steuern können, nicht entstehen zu lassen. Möglich scheint dies in der Praxis nur in außerparlamentarischen Bewegungen.
Arbeit in Parlamenten entfernt durch die Einbindung in parlamentarische Strukturen automatisch Kräfte aus außerparlamentarischen Bewegungen.

Nun zur momentanen gesellschaftlichen Situation, sowie der der Linken in der BRD:
Die "Wende" nach Rechts begann im Westen schon 1982 mit dem Antritt der Kohl-Regierung. Da sich bereits damals Einbrüche in der sogenannten Wohlstandsgesellschaft abzeichneten, wurde "nationale Identität" von den Regierenden propagiert. Antiasylkampagnen prägten zu verschiedenen Zeiten die Mediendiskussion, um Sündenböcke zu schaffen, um abzulenken von den verantwortlichen Industriellen, die schrittweise einen Abbau von Arbeitsplätzen betrieben, um abzulenken vom Staat, der den Sozialabbau vorantrieb. Es handelte sich auf dem ideologischen Gebiet um eine Restaurierung alter deutsch-nationaler Werte, wie Ordnung, Gehorsam, Disziplin und Sauberkeit, die von den "Untergebenen" eine Unterordnung ihrer eigenen Interessen unter "nationalen Notwendigkeiten" abverlangten. Die Linke im Westen hatte dem nicht viel entgegenzusetzen und zum großen Teil wurde diese schleichende Entwicklung noch nicht einmal wahrgenommen. Erste Anzeichen für einen Rechtsruck gab es bereits in den Jahren 1986 und 1989 mit den ersten Wahlerfolgen der Republikaner. Das herrschende Parteienspektrum beantwortete diese Entwicklung mit einem verstärkten Rechtstrend, der zunehmend alle Bereiche der Gesellschaft erfaßte.
Mit dem Fall der Mauer, ist diese Entwicklung beschleunigt worden, zumal sich auch die alte DDR als Hüterin von Ordnung, Disziplin und Sauberkeit verstand und alles daran setzte, daß sich ihre



Bevölkerung nicht eigenständig entwickelte und/oder selbstständig zu denken begann.
Anfänglich präsentierte sich der "neue" deutsche Nationalismus in progressivem Gewand (Wohlstand für alle, Ende des kalten Krieges). Schon bald war deutlich, daß es keinen Wohlstand für alle geben wird. Das war zuerst in den neuen Bundesländer zu spüren, deren industrielle Produktion zugunsten der Westkonzerne zerschlagen wurde. Die Propaganda des Nationalismus, wurde durch die beispiellose Asylkampagne verschärft, die mit der Abschaffung des Asylrechts, mehreren tausend Anschlägen auf ImmigrantInnen und Flüchtlinge und den Pogromen von Rostock und Hoyerswerda ihren Höhepunkt fand. Die offene Zusammenarbeit des Staates mit den Neonazis konnte nicht gestoppt werden.
Danach wurde der § 218 verschärft und nationale Familienpolitik und die "Mutterrolle der Frau" verstärkt propagiert. Dieser Rechtstrend erfasst heute sämtliche Bereiche der Gesellschaft, und es gibt auch unter den vom Arbeitsplatzabbau Betroffenen kaum eine Vorstellung davon, wie die Produktion anders gestaltet werden könnte und der gesellschaftliche Reichtum gerecht verteilt werden sollte. Die Wirtschaft ist in einer Krise, und die Lage der Lohnabhängigien verschlechtert sich zusehends, obwohl eine Überproduktion von Waren und Lebensmitteln vorhanden ist.

Der Rechtsruck erfaßt alle gesellschaftlichen Bereiche

Die Antworten einer Linken, soweit sie noch existent ist, werden der Schärfe des gesellschaftlichen Rechtsruckes in keinem Fall gerecht, die Gewerkschaften sind nicht in der Lage die Demontage von ArbeiterInnenrechten aufzuhalten, und unter weiten Teilen der Bevölkerung hat sich der Kampf "aller gegen alle" durchgesetzt. Positionen, die im heutigen Parteienspektrum als "links" bezeichnet werden, galten in der alten BRD noch als rechts (siehe SPD). Diese Rechtsentwicklung ist verbunden mit einem aggressiven Rassismus, einer zunehmenden Gewalt gegen Frauen und einer Aggression gegen alle Minderheiten (Behinderte; Schwule und Lesben; Linke ...), also den Grundzügen des deutschen Nationalismus. (z.B. sind in Brandenburg 50% der Jugendlichen der Meinung "Ausländer raus, Deutschland den Deutschen")
Nutznießer dieser Entwicklungen sind vor allem faschistische Gruppen und Parteien, deren Einfluß nach wie vor wächst. Das ist vor allem auf die Funktionalisierung durch die herrschenden Parteien zurückzuführen (z.B. als schlagender Arm der Anti-Asyl-Kampagne), den Schutz der Behörden und die Sympathien in der Bevölkerung bzw. deren Gleichgültigkeit.

Es ist also deutlich festzustellen, daß wir keine glaubwürdigen gemeinsame Konzepte einer gesellschaftlichen Utopie haben, noch eine **von unten** ausgehende Strategie zur Veränderung bzw. Überwindung dieser rassistischen Gesellschaft.
Wir befinden uns in einem sich zunehmend beschleunigenden Verteidigungskampf, selbst um bürgerlich humanistische Werte, von linken oder gar anarchistischen Ideen ist gesellschaftlich schon lange keine Rede mehr.
Angesichts dieser Situation zu einem allgemeinen Wahlboykott (der beträfe ja dann auch Neues Forum, Grüne/Bündniss 90, PDS und andere Linke) aufzurufen und darin eine politische Perspektive zu sehen, oder aber zu glauben, damit "moralisch richtiger" zu handeln ("ich habe die nicht gewählt") finden wir nicht nur realitätsfern, sondern auch politisch verantwortungslos.

Wir plädieren gegen die Beteiligung an Parteiarbeit und für den Aufbau emanzi-

Wahlen bewirken nichts, sonst wären sie verboten?



Wir plädieren gegen die Beteiligung an Parteiarbeit und für den Aufbau emanzipatorischer ausserparlamentarischer Opposition, aber es ist klar, daß wir die weitere Verschärfung der Situation in der BRD nur gemeinsam mit anderen Gruppen, Organisationen und auch dem o.g. Parteienspektrum verhindern werden können. Wir plädieren deshalb für wahltaktisches Verhalten (und politische Arbeit), denn wer nicht wählt, **stärkt rein zahlenmäßig die Rechten** (alte aber gerade jetzt umso richtigere mathematische Wahrheit).

Wer zu Wahlboykott aufruft muß, als Linke/r, nicht nur eine Alternative dazu formulieren, wie eine von unten ausgehende Veränderung in dieser Gesellschaft machbar ist.
Er/sie muß auch mit seiner politischen Arbeit in gleichen Maßen die Gesellschaft in Richtung Antirassismus bewegen oder verändern können. Das heißt soviel Kraft freisetzen, wie eine Wahl des o.g. Parteienspektrums **und** die gleichzeitige ausserparlamentarische Arbeit bewirken würde.

casavecchia

Umgang mit den Medien

Der Umgang mit den Medien ist schwer. Eine Binsenweisheit scheint s, aber was heißt das eigentlich? Wer sind die Medien und wer hat es da schwer mit ihnen? Treten diese Schwierigkeiten ständig auf, oder gibt es besondere Anlässe?

Mit der letzten Antwort angefangen, diese Schwierigkeiten betreffen immer wieder besondere Gruppen während einer Demonstration oder Kundgebung, die allgemein als Autonome bezeichnet werden. Die, bei diesen öffentlichen Auftritten aus schlechten Erfahrungen mit den staatsschützenden Organen, wie Polizei und Bundesgrenzschutz, heraus, sich mehr oder weniger gegen das Erkennen schützen, reagieren besonders empfindlich, wenn die KollegInnen der Printmedien oder der Fernsehanstalten versuchen sie bilddokumentarisch festzuhalten, um die allgemein interessierte Öffentlichkeit mehr oder weniger gut zu informieren.

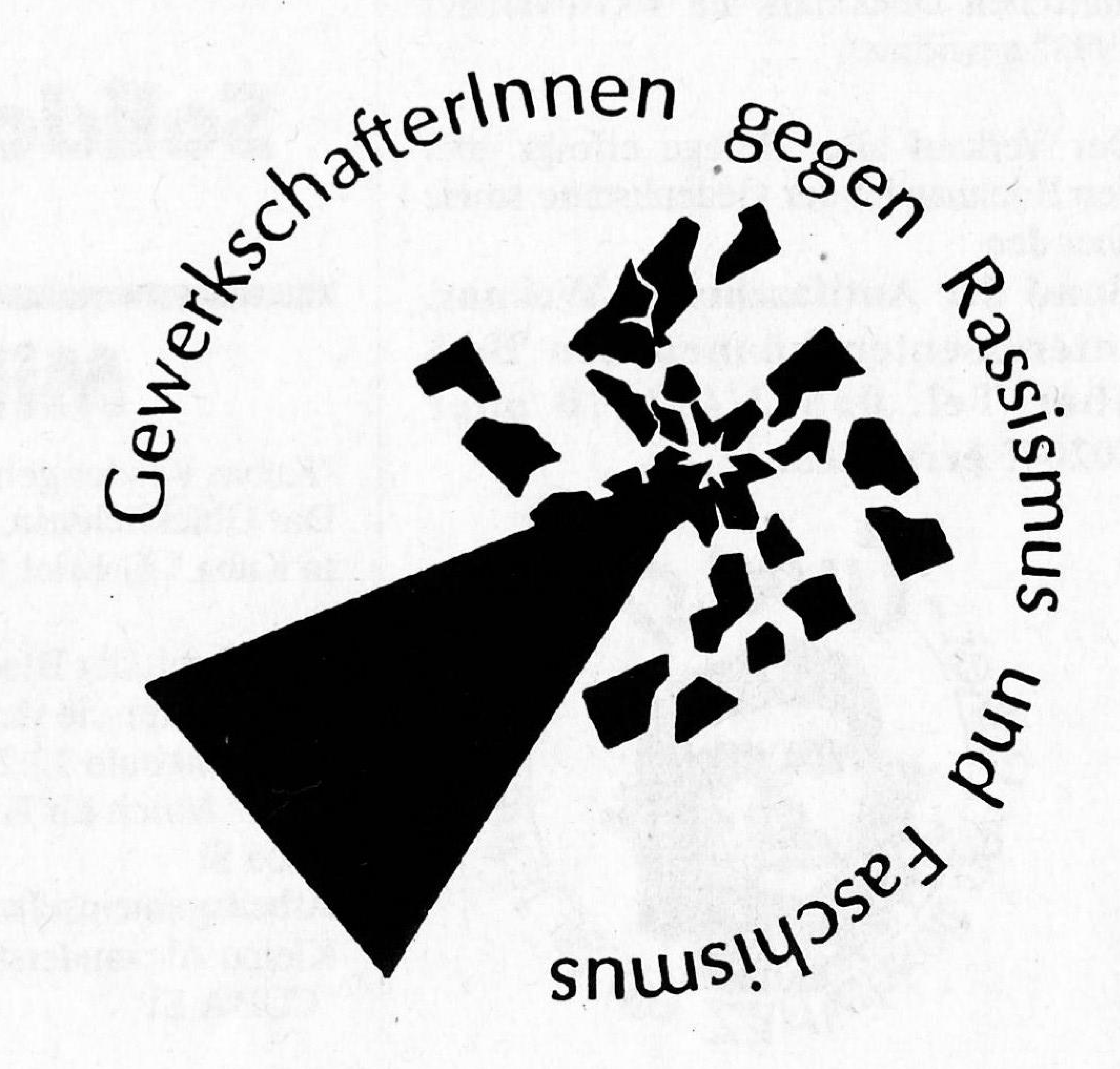
Die Schwierigkeiten werden verursacht einerseits auf Grund des öffentlichen Informationsinteresses und andererseits dem gegenüberstehend das Schutzbedürfnis von DemonstratInnen. Ich kann beide Seiten gut verstehen. Als Fotojournalist habe ich das Interesse über eine Demonstration gegen Rassismus, Neofaschismus und Gewalt möglichst gut zu informieren. Ich halte die Berichterstattung gerade über solche Veranstaltungen in unserer Gesellschaft für sehr wichtig, haben wir doch viel zu oft über gegenteilige Vorfälle zu berichten und zeigen sie doch, das sich hier Menschen gegen die Diskriminierung und Verfolgung von Minderheiten und Andersdenkenden aussprechen und für Gleichwertigkeit und Solidarität eintreten.

Gleichzeitig haben die, die demonstrieren, zu oft erlebt, daß gerade sie es sind, die von der Staatsmacht als Unruhestifter, Störer, Randalierer und Sicherheitsrisiko betrachtet werden und zum Teil unnachsichtig verfolgt und aus friedlichen Demonstrationen herausgegriffen werden, weil sie "vermummt" sind, allerdings weniger vermummt, wie die PolizistInnen bei solchen Einsätzen mit ihren Helmen, Visieren und Schilden. Besonders verdächtig erscheinen dabei den Staatshütern die Autonomen. Der "Schwarze Block", wie die Polizei unheilbeschwörend diese zumeist jugendlichen DemonstrantInnen nennt, mit deren Darstellungsweise sie nicht zurechtkommt. Statt ihren Kopf zu gebrauchen, benutzen viele Einsatzleiter diesen nur zum Vorschriften blättern.

Dann geraten wir aneinander, DemonstrantInnen und JournalistInnen, weil wir nicht miteinander reden, uns nicht gegenseitig zu erkennen geben was wir warum machen. Weil wir als Journalisten uns zum Teil nicht deutlich genug von den "KollegInnen" mit den großkalibrigen Objektiven abgrenzen, die zu offensichtlich nicht Berichterstattung sondern Paßfotos im Sinn haben, die in keinem Zeitungsarchiv enden, sondern der Befriedigung der Sammelleidenschaft einiger Staatsschützer dienen.

Wir sollten lernen, sollten aufeinander zugehen, als DemonstratInnen nicht sofort auf uns Fotojournalisten "einstürmen" und wir als Journalisten auch öfters mal im Demontrationszug laufen, mit den Menschen reden, Einschätzungen diskutieren, eigene Meinung transportieren und nicht nur als Darsteller für die Öffentlichkeit fungieren.

Helmut M.



Weimar, 16.11.93

Philatelie und die Geschichte der Gedenkstätte Buchenwald

"Die Philatelie verbindet die Kunst mit der Geschichtswissenschaft und der Geographie. Sie ist ein Werkzeug der Erinnerung" schreibt Pierre Durand, Präsident des Internationalen Komitees Buchenwald-Dora und Außenkommandos, in seinem Vorwort zum philatelistischen Exkurs "Oh, Buchenwald ..".

Zwei Weimarer Philatelisten versuchen seit einem Jahr, mit ihren Mitteln Geld für das Spendenkonto der Gedenkstätte Buchenwald zu erwirtschaften, das helfen soll, es ehemaligen KZ-Häftlingen aus Osteuropa zu ermöglichen noch einmal die Stätte ihres Leidens zu besuchen.

In diesem Bemühen sind inzwischen dutzende Belege, Faltblätter, Numisbriefe, Postkarten usw. entstanden. So wird im o.g. Buch z.B. versucht, die "Geschichte Buchenwalds", das "Schicksal der Häftlinge" sowie die "Verbindung Weimar-Buchenwald" anhand von philatelistischen Belegen darzustellen. Entstanden sind Postkarten und Briefe zu den Themen "Kunst hinter Stacheldraht", "Nackt unter Wölfen", "Selbstbefreiung", "Jubiläen der Gedenkstätte" sowie ein Numisbrief über die Goetheeiche. Neben einem Faltblatt zum "Ostermarsch 1993 - Leipzig/Buchenwald" mit einem Nachdruck des Lagerliedes ist das jüngste Faltblatt der "Weihe des ersten jüdischen Denkmals am 10.November 1993" gewidmet.

Der Verkauf aller Belege erfolgt über den Buchhandel der Gedenkstätte sowie über den

Bund der Antifaschisten Weimar. Interessenten können den BdA über Tel. 03643/423770 oder 202645 erreichen.



Weimar den 16.11.93

Ein Denkmal für die jüdischen Opfer (KZ Buchenwald)

Mit mehr als 10.000 Toten gehören die Juden zu den größten Opfergruppen des KZs. Zu dem Anfang der 50er Jahre aufgestellten Gedenkstein, der nur die Opfer des Novemberpogroms 1938 ehrte, kam am 10.November 1993 ein Denkmal hinzu, das allen jüdischen Häftlingen gewidmet ist, die in Buchenwald umgekommen sind. Damit entstand erstmals auch ein würdiger Gedenkort für tausende Opfer der Todestransporte, die in den letzten Kriegsmonaten von Auschwitz nach Buchenwald deportiert wurden.

Als Standort für ein künftiges Denkmal, wurde 1992 das Fundament des Blocks 22 im ehemaligen Lager bestimmt, da dieser seit 1939 durchgängig mit jüdischen Häftlingen belegt war.

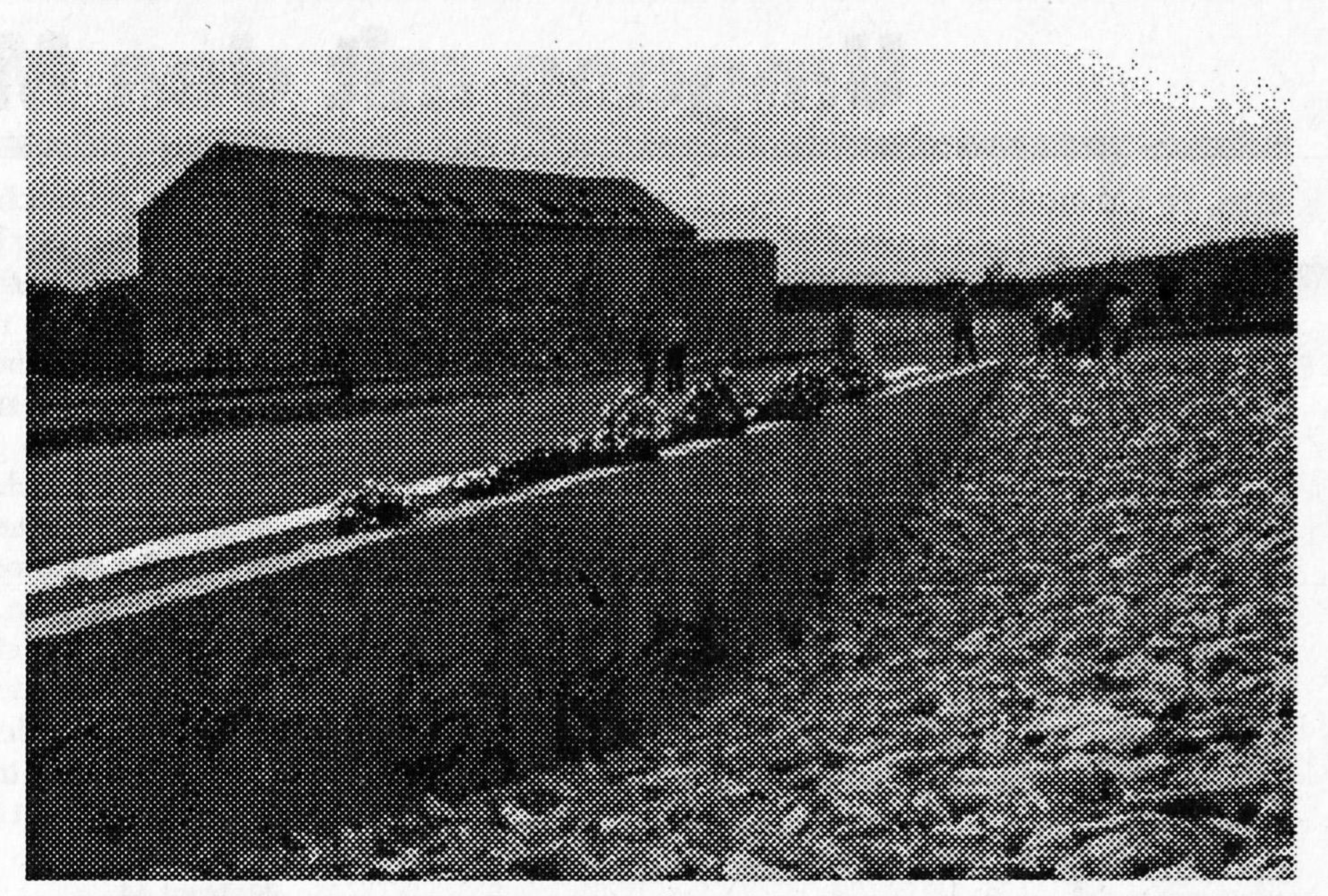
Ausgewählt wurden aus 130 internationalen Entwürfen die Arbeit der Dänin, Tine Steen, und des Deutschen, Klaus Schlosser..

Am 10.November 1993 weihte der Rabbiner Ehrenberg das Denkmal.

Ignatz Bubis, Vorsitzender des Zentralrates der Juden, sagte: Man muß aus der Geschichte lernen, um Wiederholungen zu vermeiden. Wenn man die Ereignisse der letzten Jahre betrachtet, scheinen das viele vergessen zu haben.

Die Familienministerin Rönsch forderte entschiedene Zivilcourage gegen rechten Terror und den Einsatz aller Mittel des Rechtsstaates. Hoffen wir, daß ihre Regierung das auch gehört hat.

ACHIM



Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker !

Milch für Kubas Kinder!

"Kubas Kinder gehören zu den Schätzen und Wundern des modernen Lateinamerikas. Das Glücklichsein, das mit einem Glas Milch beginnt, wurde zum politischen Konzept in Kuba." Gabriel Garcia Marquez (Schriftsteller in LA, Nobelpreisträger)

Schluß mit der Blockade durch USA, EG und BRD!
Bitte richten sie ihre Spenden(steuerlich absetzbar) an Cuba Si,
Spendenkonto 13 2222 10 Berliner Sparkasse, BLZ 100 500 00,
VWZ: Milch für Kubas Kinder.Wir danken allen SpenderInnen!
Cuba Si
Arbeitsgemeinschaft der PDS
Kleine Alexanderstraße 28, D-10178 Berlin
"CUBA SI"

ANTIRASSISTISCHER RATSCHLAG

Ca. 400 Menschen folgten dem Aufruf **"Fremd im eigenen Land Greif ein gegen Fremdenhass, Rassismus und Neofaschismus Dem Humanismus und der Völkerfreundschaft eine Chance!"** und beteiligten sich am 6.11.93 in Erfurt an der antirassistischen Demonstration.

Im anschließend stattfindenden antirassistischen Ratschlag berieten 225 TeilnehmerInnen in 10 Diskussionsforen und Workshops, Fragen und Themen, die für die Intensivierung des Kampfes gegen Rassismus und Faschismus relevant sind.

Die beteiligten VertreterInnen von Organisationen und Initiativen haben sich auf einen gemeinsamen Thüringer Aufruf "Greif ein gegen Fremdenhass, Rassismus und Neofaschismus! Dem Humanismus und der Solidarität eine Chance!" geeinigt, der Grundlage für die Antirassistische Tätigkeit im kommenden Jahr sein soll.

Neben einer Palette politischer Forderungen und Positionsbestimmungen, haben die TeilnehmerInnen folgende Aktionsziele formuliert (siehe Aufruf)

Angelo Lucifero

Dokumentation:

Thüringer Aufruf

Greif ein gegen Fremdenhass, Rassismus und Neofaschismus! Dem Humanismus und der Solidarität eine Chance!

der TeilnehmerInnen
des zweiten Antirassistischen Ratschlages Thüringen 6.11.93

Die TeilnehmerInnen des Antirassistischen Ratschlages Thüringen, der unter dem Eindruck der aktuellen Ereignisse in der Bundesrepublik stattfindet, und auch an den 9.11.1938 erinnern soll, fordern alle BürgerInnen auf, dem zunehmenden Rassismus und Neofaschismus entgegenzutreten.
Vor 55 Jahren brannten die Synagogen, wurden jüdische BürgerInnen gejagt, gequält, verschleppt und ermordet, ihre Häuser zerstört. NachbarInnen schauten zu und schwiegen, oft weil sie Angst hatten oder der Lüge glaubten, die Jüdinnen und Juden seien Schuld an Arbeitslosigkeit und sozialer Not.

Die Erinnerung an die Verbrechen des Naziregimes ist für uns Verpflichtung, jede Form von Diskriminierung und Rassenhetze zu bekämpfen.

Heute brennen Flüchtlingsunterkünfte, werden AusländerInnen gejagt, verletzt und ermordet. Menschen sind zu Mördern geworden, weil verantwortungslose RepräsentantInnen von Staat und Parteien sowie vieler Medien sie glauben machen, die Flüchtlinge seien Schuld an Arbeitslosigkeit und sozialer Not. NachbarInnen schauen zu und schweigen, viele billigen offen die Hatz auf Menschen, die bei uns Zuflucht suchen vor Verfolgung, Krieg und Hunger.
Diese Saat ist aufgegangen: seit 1990 wurden mehr als 18.000 rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten registriert und verloren 68 Menschen bei rassistisch begründeten Anschlägen ihr Leben.

Füllten 1992 neofaschistische Anschläge die Schlagzeilen, so sind heute neofaschistische Aktionen, Gewaltakte und Morde nur noch eine kleine Meldung wert.

Der Schock, die Empörung, die Aufregung über den Schaden den Deutschlands Ansehen erlitten hat, ist der "Normalität" des alltäglichen Rassismus und des Neofaschismus gewichen. Der Neofaschismus erfährt immer offenere Unterstützung aus dem Spektrum der Konservativen. Erwähnt sei hier nur die Aufstellung von Heitmann als Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten.
Große Teile der Politik sind wieder dazu übergegangen die neofaschistische Bedrohung zu verharmlosen und die linke Gefahr heraufzubeschwören. In Thüringen werden, trotz der Tatsache, daß 1992 zwar 258 rechtsextremistische Gewaltakte. aber nur 15 sogenannte "linksextreme" Delikte registriert wurden, seitens des Innenministeriums Antifas, Autonome und Linke kriminalisiert.

Deshalb fordern wir:

- keine Toleranz gegenüber rassistischem Gedankengut oder rechtsextremistischen Aktivitäten und Organisationen.
- Ausschöpfung des bestehenden rechtlichen Rahmens zur Bekämpfung des organisierten Neofaschismus,,

Erinnerung

Es war ein regnerischer Morgen, als wir, ein kleiner Trupp Weimarer, am 6.November zum Haus der Gewerkschaften kamen um am antifaschistischen Stadtrundgang teilzunehmen.

Von 300 Teilnehmern sprach die Presse, ich meine es waren mehr, die sich am Rundgang durch Teile der Altstadt beteiligten. Nicht zu übersehen waren die Frauen und Männer **der Polizei, die uns schwerbewaffnet begleiteten und mich an den Ostermarsch 1992 in Weimar erinnerten. Ich fragte mich: Sind sie zu unserem Schutze da oder sollen sie uns einschüchtern?**
Geprägt war der Tag vor allem durch Diskussionsrunden in Gesprächskreisen, über den Arbeitskreis "Deutscher Rassismus im 20.Jahrhundert" möchte ich berichten. Beeindruckend bereits die einleitenden Worte von Prof.Manfred Weißbecker, Jena. Ein Satz hat sich mir eingeprägt. "Heute kann man über Rassismus nicht mehr reden, als sei es irgendwo am Rande der Gesellschaft zu dulden."
Im Zentrum der Diskussion der überwiegend jüngeren Teilnehmer standen die Konsequenzen, die sich daraus ergeben. Eine Forderung war: "Humanisten müssen den Rückfall in die Barbarei verhindern."
Nach fast fünfstündiger Diskussion gingen wir auseinander. Wir wissen nun alle mehr über die Geschichte des Rassismus, können besser argumentieren und im antirassistischen Sinne wirken.

Der Ratschlag hat sich als lohnend erwiesen und wir machen auch 1994 mit.

HEIKO

- Durchsetzung des Verbotes und Auflösung und Bekämpfung rechtsextremistischer Organisationen,
- Schutz möglicher Opfer rassistischer und neofaschistischer Gewalt,
- Auflösung des Verfassungsschutzes und aller anderen Geheimdienste
- demokratische Kontrolle und Entkasernierung der Polizei
- Antifaschismus und Antirassismus müssen fester Bestandteil von Jugendarbeit, schulischer und außerschulischer Bildung werden.

Weltweit sind Millionen Menschen auf der Flucht vor Verfolgung, Krieg und Hunger. Nur wenige derer kommen zu uns. Eine Grundgesetzänderung lindert weder die Not der Mehrheit der Weltbevölkerung noch löst sie nur eines der mit der Einwanderung verbundenen Probleme. **Die faktische Abschaffung des Asylrechtes, hat nicht das Flüchtlingsproblem gelöst, sondern die Neofaschisten in ihren Positionen und Aktionen gestärkt.**

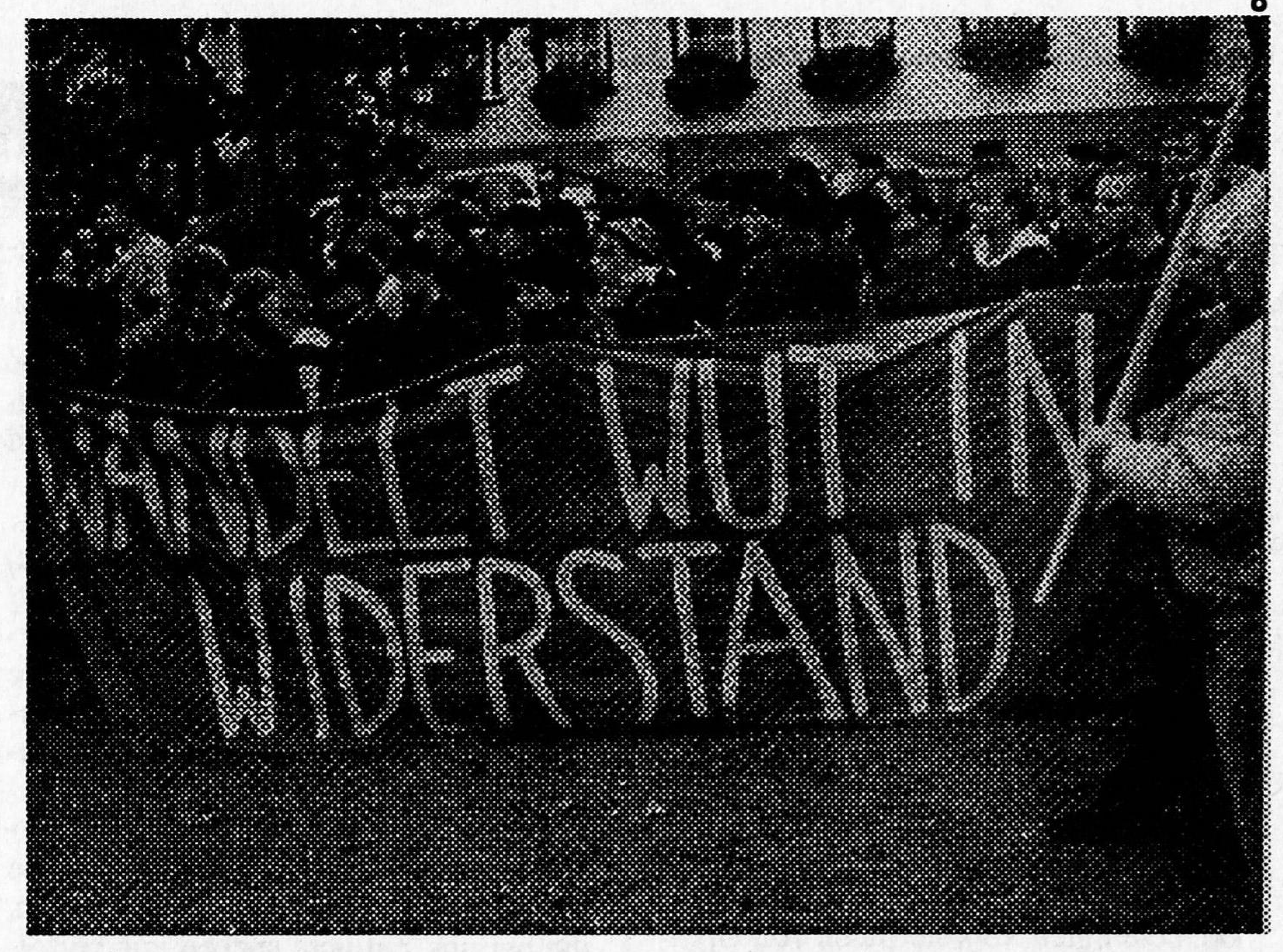
Deshalb fordern wir:

- die Beseitigung der Ursachen von Flucht und Wanderung!

Die Bundesrepublik ist ein reiches Land. Teure Rüstungsprojekte und 1,5 Billionen DM der Konzerne auf deutschen Banken, stehen im Gegensatz zum Stopp des sozialen Wohnungsbaus und zu den Streichungen im Gesundheitswesen und bei der Arbeitsbeschaffung.

Deshalb fordern wir:

- -Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen durch Wirtschafts- und Strukturpolitik, die nicht den Profit in den Mittelpunkt stellt,
- -Finanzierung von sozialem Wohnungsbau, Sozialvorsorge und Umweltschutz,
- eine Weltwirtschaft, die es den Menschen überall erlaubt, in sozialer und rechtlicher Sichreheit zu leben,
- Anerkennung der Tatsache, daß Deutschland ein Zuwanderungsland ist, Bleiberecht für alle in der Bundesrepublik befindlichen Flüchtlinge und VertragsarbeitnehmerInnen und Aufbau der dafür erforderlichen Infrastruktur und die Auflösung der Sammellager.



Die Verbrechen des Faschismus und seiner AnhängerInnen gehören zu unserer Geschichte und Gegenwart. Der Widerstand ist Auftrag für uns.

Deshalb fordern wir:

- Erhalt, Erweiterung und Schutz aller der Erinnerung an die Verbrechen und an den antifaschistischen Widerstand gewidmeten Stätten und Denkmäler,
- Schluß mit dem Versuch, unsere Geschichte zu 'säubern' und den antifaschistischen Widerstand heute und morgen zu kriminalisieren.

Wir rufen alle BürgerInnen auf, sich mit uns gegen Rassismus und Intoleranz zu stellen.

1994 ist das Wahljahr. Die Neofaschisten werden versuchen, Wahlerfolge zu wiederholen, auszubauen und in die Länderparlamente und den Bundestag zu gelangen. Die meisten Parlamentsparteien werden ohne Druck keinen antirassistischen und antifaschistischen Wahlkampf machen.

Deshalb rufen wir auf,

- antirassistische Zentren zu schaffen,
- die Parteien und Kandidaten an ihren Aussagen und Handlungen zu antirassistischen und antifaschistischen Forderungen zu messen.
- keinen Opportunismus und Populismus zuzulassen, der den Neofaschisten nützt und Verhältnisse fördert, die autoritär, antidemokratisch, rassistisch und frauenfeindlich 'sind,
- Parteien, die nicht bereit sind, sich eindeutig für die Wiedereinführung des Asylrechts zu positionieren, die Stimme zu verweigern,
- Aktionen durchzuführen, die dazu führen, daß keine Thüringer Verfassung angenommen wird, die Anitrassismus und Antifaschismus nicht als Staatziel definiert!

Wir wollen

- in den kommenden Wochen und Monaten aktiv für die Durchsetzung gleicher Rechte für alle aktiv werden,
- in Thüringen Kampagnen durchführen, die nicht zulassen, daß BürgerInnen aus Perspektivlosigkeit "Republikaner", NPD oder andere neofaschistische Parteien wählen,
- Initiativen entfalten, die rechtspopulistische Positionen, wie die Zustimmung zu flüchtlingsfeindlichen Gesetzen oder Verweigerung des antirassistischen Auftrages in der Thüringer Verfassung, nicht zulassen,
- den Verkauf von Nazizeitungen verhindern,
- auf Rundfunk- und Fernsehen einwirken, daß keine neofaschistischen Wahlspots gesendet werden

Greif ein gegen Fremdenhass, Rassismus und Neofaschismus! Dem Humanismus und der Solidarität eine Chance! Keine Nazis in die Parlamente!

Bischofferode und Bonn

von Jakob Moneta

Am gleichen Tag - dem 30. Oktober 1993 - kamen Betriebsräte in Bischofferode und Bonn zusammen. Das Angebot der Kalikumpel durch eine "Konferenzschaltung" eine offene Diskussion zwischen beiden zu ermöglichen, wurde von der SPD abgelehnt, die nach Bonn eingeladen hatte, weil - wie sie behauptete - sie von der anderen Konferenz nichts gewußt hatte. Sie lehnte es aber auch ab, zwei aus Bischofferode entsandte Betriebsräte sprechen oder auch nur Flugblätter verteilen zu lassen, in denen die Kalikumpel erklären wollten, warum sie anderer Meinung sind als Hans Berger, der Vorsitzende ihrer Gewerkschaft Bergbau und Energie.

Worin aber lag der Unterschied zwischen den beiden Konferenzen? Im Bonner Wasserwerk hörten die dort Versammelten sicherlich gerne die Botschaft des SPD-Parteivorsitzenden Scharping, der verkündete: Ein "nationaler Beschäftigungspakt" soll geschlossen werden; Investitionen in wettbewerbsfähige Arbeitsplatzaufbauprogramme Ost, Sanierung vor Privatisierung, eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit, wenn auch mit Lohneinbußen - all dies soll Inhalt dieses Paktes sein.

Mit wem aber soll dieser Pakt geschlossen werden? Wer wird auf ihn eingehen, ohne dazu gezwungen zu sein? Schon allein auf die Arbeitszeitverkürzung waren die Reaktionen nicht eben ermutigend.
Der Präsident des Bundesverbandes der deutschen Industrie (BDI), Necker, meinte, daß dann die Löhne und Gehälter noch stärker verringert werden müßten als die Arbeitszeit. Wenn also die Volkswagenwerke die Vier-Tage-Woche mit 28,8 Arbeitstunden einführen - die Arbeitszeit deshalb um ein Fünftel, 20 %, verringert wird, müßten die Arbeitseinkommen um mehr als ein Fünftel gesenkt werden. Herr Gentz, Vorstandsmitglied von Daimler Benz, erklärte sogar rundweg, eine generelle Einführung der Vier-Tage-Woche werde die Probleme des Wirtschaftsstandortes Deutschland nur noch verschärfen. Eine glatte Absage!

Auch wenn es wahr ist, daß die offizielle Propaganda mit Erfolg die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes nutzt, um Beschäftigungssicherheit gegen Einkommensverluste schmackhaft zu machen, wird dies letzten Endes eine Gewerkschaft, die das kampflos hinnimmt, mit Mitgliederverlusten bezahlen.
Daß die Ankündigung diese "nationalen Beschäftigungspaktes" der SPD in den bevorstehenden Bundestagswahlen von Nutzen sein kann, ist sicher. Wie aber ist es möglich, im Kampf für Erhaltung von Arbeitsplätzen und der Schaffung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten Erfolge zu erzielen?

Die Bischofferoder Aktionskonferenz hat hier deutliche Worte gesagt: "Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit, dem Hunger in der Welt, eine ohne Arbeit fehlende Perspektive für unsere Jugend gibt es keine Alternative zum Weiterbetrieb des Kaliwerkes, zum Kampf für die Erhaltung jedes Arbeitsplatzes ...

Die Solidarität mit Bischofferode muß Teil einer Massenbewegung für den Kampf zum Erhalt und zur Schaffung von Arbeitsplätzen auf Kosten der Konzerne und Banken werden!

Es ist 5 vor 12

Besonders eindrucksvoll war die Schilderung der Aktion "Thüringen brennt" durch Bodo Rammelow, Landesvorsitzender der HBV Thüringen, eine Aktion, die bereits seit dem 17. August jeweils dienstags, um "5 vor 12", Widerstand "gegen die Ruhe im Land" probt. Er selbst übernimmt nur "Dienstleistungsfunktionen", wenn von Betriebsräten vor Ort befristete Straßenblockaden errichtet, oder andere Zeichen "zivilen Ungehorsams" gesetzt werden.

Im Aufruf "Thüringen brennt" heißt es: "So wie Politiker und Unternehmer tagtäglich gegen Gesetze, Anstand und Moral verstoßen, werden wir uns nun bewußt über Regeln in der Gesellschaft hinwegsetzen ... Wir, die Unterzeichnenden, erklären, diesen Kampf auch mit den Mitteln des zivilen Ungehorsams aufzunehmen!"

Die verzweifelte Lage in Thüringen führt dazu, daß sich in diesem Aktionsbedürfnis für die Schaffung von Arbeitsplätzen auch Pfarrer, Mittelständler, sogar Fußballvereine - ein breites gesellschaftliches Bündnis - engagieren.

Inzwischen hat das Beispiel von Bischofferode und Thüringen auch in Berlin Schule gemacht. Ein Aktionsbündnis will dort, weil auch in Berlin "das Wasser bis zum Hals steht", ebenfalls zivilen Ungehorsam praktizieren.
In dem Aufruf, den es veröffentlichte, heißt es: "Gegen die Willkür und den Krisenangriff von Kapitaleignern und ihrem Staat setzen wir den Kampf und die Solidarität der Arbeitenden, zusammen mit den Erwerbslosen".

Sich auf das Blendwerk eines "nationalen Beschäftigungspaktes" - möglicherweise durch eine kommende Regierung unter SPD-Beteiligung einzulassen, führt die Gewerkschaftsbewegung in die Irre. Es geht darum, durch vielfältige, fantasievolle Kampfmethoden, wie es die Thüringern formulieren, "Politiker zum Einhalten ihrer Versprechen zu zwingen!"



Weimar - Dichterweg

Nachdem der, als neofaschistischer Treffpunkt bekannte und durch das AgAG geförderte, Jugendklub Dichterweg eine geraume Zeit geschlossen war, ist er nun, seit Anfang November, wieder geöffnet.
Es wurde eine Probezeit eingeräumt, während dieser er 2 mal pro Woche, einmal davon clubintern, geöffnet ist. Dafür wurde ein neuer Sozialarbeiter eingestellt, der bei allen Treffen anwesend sein muß.
Ob er auch bei "abendlichen Aktivitäten" schlichtend zur Seite steht, bleibt offen.

Gera - neofaschistischer "Sozialarbeiter"

Ein weiteres Beispiel für die Einbeziehung von Neofaschisten in staatlich unterstützte Sozialarbeitsprogramme kommt aus Gera. Der, als Basser der Gruppe "Euthanasie" bekannte, Neofaschist Daniel Köhler aus Gera darf mittlerweile als Streetworker im Rahmen eines ABM Projektes seine Propaganda verbreiten.

Hassleben - REPs

Die Republikaner beginnen offenbar ihren Wahlkampf im Erfurter Umland. In der Nacht vom 30.10. auf den 1.11. wurden in dem Dorf Hassleben bei Erfurt flächendeckend Plakate der REPs geklebt. AntirassistInnen sorgten für die sofortige Entfernung ihrer Propaganda.



Jena - Prozeß gegen Antifas

Zur Zeit läuft der erste von sechs zu erwartenden Prozessen gegen BurschenschaftsgegnerInnen an, denen Sachbeschädigung und Landfriedensbruch in Zusammenhang mit den Protesten gegen den Besuch des CDU Politikers Lummer in Jena im Sommer 93 vorgeworfen wird. Lummer vertritt in der CDU den reaktionären Flügel und tritt für eine Öffnung zu den REPs ein. Bei den heftigen Protesten Jenaer AntirassistInnen, war es zu Ausschreitungen seitens der Erfurter Bereitschaftspolizei gekommen, in deren Verlauf Antifas, unter anderem durch Zivilbeamte, festgenommen worden waren.

Nordhausen - Kreisverband der REPs

Am 16.10. gründete sich der Kreisverband Nordhausen der REPs in der Gaststätte "Kastanienhof" im Vorort Salza. Geleitet wurde die Versammlung von Heiko Leukefeld, Mitglied des Landespräsidiums der Republikaner aus Nordhausen. Die REPs zählen in Nordhausen derzeit 16 Mitglieder, zum Kreisvorsitzenden wurde Carsten Georgiew(25) gewählt.
Der Salzaer Carnevalsclub beschloß daraufhin, den "Kastanienhof" zukünftig zu boykotieren.
"...Da befürchtet werden muß, daß weitere Veranstaltungen dieser Partei hier stattfinden werden , der SCC aber nicht gewillt ist, vor dieser Partei oder ihr nahestehenden Sympathisanten aufzutreten, wehrt er den Anfängen und faßte am Montagabend einstimmig den Beschluß, keine Akteure des Salzaer Carneval Clubs mehr in diesem Lokal auftreten zu lassen."
Kreisvorsitzender der NPD in Nordhausen ist ein gewisser Silvio Saalbach(21), ein, in der Vergangenheit, militant aktiv gewesener Faschist. Ihm haften Gerüchte einer intensiven Beziehung zu Polaczek in Mackenrode und Hans Michael Fiedler in Adelebsen, beides aktive Neofaschisten bei Göttingen, an.

Arnstadt - NPD Parteitag

Der für den 31.10. geplante 2. Versuch der NPD Arnstadt, ihren Kreisparteitag abzuhalten, scheiterte auch diesmal wieder durch ein Verbot des Landrats. Angekündigt waren bei Durchführung der Veranstaltung durch die NPD entschiedene Gegendemonstrationen und Behinderungen durch AntifaschistInnen.
Der ehemalige DSU Abgeordnete Konrad ist inzwischen zur DVU übergetreten und sitzt nun für die Neofaschisten des Dr. Frey im Rat der Stadt Arnstadt. Er selbst ist Vorsitzender der DVU des Landes Thüringen.

Erfurt - von der CDU-Blockflöte zum REP

Aus dem Abgeordnetenhandbuch des Thüringer Landtags:
Was die letzten Landtagswahlen nicht ermöglichten, erreichten die neofaschistischen Republikaner nun durch den Übertritt des CDU-Landtagsabgeordneten Matthias Ritter(43). Am rechten Rand der CDU scheint der Abstand zu den Faschisten nicht mehr groß.

Matthias Ritter, Stublacher Berg 5, Gera - oder die Laufbahn einer Blockflöte
* 23.11.1950 Naumburg; 1969 Abschluß des Abiturs, Diplom eines Volkswirts im Jahre 1975. Von 1976-85 Stadtbezirksrat für Finanzen in Halle. Stadtrat für Energie, Verkehr und Nachrichten von 1985-90 in Gera. Ab 1990 Ressortleiter für Finanzen in der Bezirksverwaltungsbehörde Gera. Von 1975-85 Mitglied Kreisvorstand der CDU Halle-West; Abgeordneter der Stadtbezirksversammlung Halle-West, Abgeordneter der Stadtverordnetenversammlung Gera. seit 14.10.90 Mitglied des Landtags

Stahlhelme on tour

Vor ein paar Wochen tauchte in Erfurt eine Gruppe von offenbar geschulten Bundeswehroffizieren in voller Ausgehuniform in diversen Kneipen auf und versuchte, die anwesenden Gäste in Reden über die Gloriosität und den weltweiten Auftrag der Bundeswehr zu provozieren. Dabei kam es in zumindest einer Szene-Kneipe zu verbalen Auseinandersetzungen die beinahe eskaliert wären. Der Umstand, daß Gäste, die die Kneipe verließen, auf der Strasse von der Polizei kontrolliert wurden, erinnert doch sehr stark an ein ähnliches Geschehen 1990 im Museumskeller. In der gleichen Art und Weise provozierten Bundeswehrsoldaten Gäste und als es zu Auseinandersetzungen kam, stürmten, offenbar wartende, Zivilbeamte die Kneipe und nahmen Personalien auf.

Thüringer Verfassungsschutzbericht '92 erschienen

Der von vielen Seiten mit Spannung erwartete Bericht des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz(PF 796 99015 Erfurt) ist erschienen.
Im Vorwort stellt Inneminister Schuster offenbar ernsthaft fest, daß sich die "militante linksextremistische Szene... vor allem in ihrem Kampf gegen den Antifaschismus zu profilieren suchte".
Unter Überschriften wie
"Verfassungsschutz ist Bürgerschutz","Verfassungsschutz ist Demokratie","Keine Gewalt - Gegen Extremismus und Fremdenfeindlichkeit"
versuchen SIE sich krampfhaft von dem IHNEN offenbar latent anhaftenden Stasi-Image zu lösen.(woher das nur kommt)

Laut IHRER Aussage verfügten SIE Ende 1992 über 40, angestrebt seien 120 festangestellte Mitarbeiter. In IHREM Etat hätten sie 1992 über 4,2 Millionen DM verfügt.

Meldungen Meldungen

Erfurt - Reichskriegsflagge

Die Koalitionsparteien lehnten den Antrag des Neuen Forum/Bündniss 90 auf Verbot der Reichskriegsflagge ab. In einigen Bundesländern, so z.B. in Sachsen und Brandenburg, sind solche Verbote bereits getroffen wurden.
Mit der Ablehnung, das Gebot des Antirassismus in die Verfassung des Landes Thüringen aufzunehmen, und der Weigerung, dem Verbot der Reichskriegsflagge zuzustimmen, zeigten die reaktionären Koalitionsparteien wieder einmal, wessen Geistes Kind sie sind und in welcher Tradition sie Deutschland auch in Zukunft sehen wollen.
Die Ereignisse um die Flagge zeigen jedoch auch, daß die Oppositionsparteien offenbar meinen, es wäre nicht so wichtig, die gerade zum Thema Antirassismus arbeitenden ausserparlamentarischen Gruppen mit in politische Prozesse einzubeziehen. Es wäre sicherlich bedeutsam und wirkungsvoller den Herrschenden bei ähnlichen Anträgen eine gemeinsame Kampagne antirassistischer Gruppen, Parteien und Organisationen entgegenzusetzen.

Bonn - PKK-Verbot

Am 25. November 93 wurde, nach vergleichsweiser kurzer Debatte, die kurdische Arbeiter Partei PKK in der BRD verboten. Betroffen von diesem Verbot waren ca. 35 Organisationen, die von der Bundesanwaltschaft der kurdischen Widerstandsgruppe zugerechnet werden. Das Verbot bedeutet, daß die in jeder größeren westdeutschen Stadt gelegenen kurdischen politischen und kulturellen Zentren geschlossen wurden.
Die Situation im türkischen Teil Kurdistans ist geprägt von dem völkermörderischen Vorgehen der türkischen Armee gegen die Zivilbevölkerung und die PKK. Die PKK, die stärkste kurdische Widerstandsorganisation, die für einen nationalen Staat Kurdistan mit sozialistischer Verfassung kämpft, wird vom größten Teil der kurdischen Bevölkerung unterstützt.
Die NATO und die BRD unterstützen die türkische Regierung und ihre Armee direkt mit Waffenlieferungen.

Die vor dem Terror in die BRD und nach Europa flüchtenden Kurden, haben in den vergangenen Jahren verstärkt versucht, sich ihre Kultur durch den Aufbau von Zentren zu erhalten und ihre kämpfenden, unter dem türkischen Terror leidenden, Landsleute in Kurdistan durch Demonstrationen und das Sammeln von Geld zu unterstützen. Die türkische Regierung hatte in der Vergangenheit die BRD dazu angehalten, sie in ihrem Terror gegen die Kurden zu unterstützen.
Die BRD tat dieses in vielfältiger Weise, neben Milliardenkrediten, der Lieferung von Waffen sowie der Weitergabe von Informationen über Kurden, ihre Ein- und Ausreise und ihre Aktivitäten in der BRD. Der jetzt gelungene Versuch der Bundesanwaltschaft, den kurdischen Widerstand zu kriminalisieren, begann bereits Ende der 80er, als mehrere, der Symphatie mit der PKK verdächtigte, Kurden festgenommen wurden. Ihnen wurde zunächst die Bildung einer terorristischen Vereinigung unterstellt. Die Gefangenen wurden in Isolationshaft gehalten. Der politische Schauprozeß, der in einem eigens für das Verfahren erbauten Gebäude stattfand, mußte, in allen wesentlichen Punkten gegen die Beschuldigten, eingestellt werden.
Die Offensive des türkischen Militärs in diesem Jahr, die bereits mehrere Tausend Todesopfer forderte, führte in ganz Europa zu Protesten von Kurden gegen die offensichtlichsten Vertreter der türkischen Regierung, Botschaften, Banken und Reisebüros des türkischen Staates. Diese wurden angegriffen und forderten neben hohem Sachschaden und Verletzten auch einen Toten.
Die Bundesanwaltschaft nahm dies zum Anlaß, von den Innenministern ein Verbot der kurdischen PKK zu fordern, das diese bestätigten. Doch die kurdische Bewegung wehrt sich an vielen Stellen gegen dieses Verbot, u.a. mit der Besetzung ihrer, von der Polizei geräumten Zentren.
Teile der kurdischen Bewegungen haben gerade im Westen in den letzten Jahren verstärkt die antifaschistische Bewegung unterstützt. Die Kurden waren unter den Flüchtlingen in der BRD oft die ersten, die sich an Antifa-Demos beteiligten und den staatlichen Zwang zu unpolitischem Verhalten überwanden.

Wir rufen auf zur Solidarität mit den verfolgten Kurden ! Stopp der Waffenhilfe für die Türkei ! Rücknahme der Verbotsverfügung!

Veranstaltungen

- **21.12., 15.oo Uhr; "Knüppel aus dem Sack - es ist Weihnachten und Thüringen brennt" - eine Aktion des DGB und des "Aktionsbündnisses Thüringen brennt" vor dem Thüringer Landtag**
- **24.12. allgemeine Bescherung: NPD, REP und andere Faschisten gehen zum Teufel (Pardon, das wäre ihm bestimmt nicht recht)**
- **15.-16.1.94, Rassismus, Sexismus, Faschismus - drei Kinder des Kapitalismus - Eine Veranstaltung der DGB-Jugend v. des Kulturvereins "Mauernberchen" - Anmeldungen an die Thüringer Antifa Nachrichten**
- **1994 Wahlen - stellt Dir vor es sind Wahlen, und kein Antifa geht hin?**



Saalfeld

Tagung der Deutschen Kulturgemeinschaft

Vom 11. - 13.6.1993 fand im thüringischen Saalfeld die zentrale Tagung der einflußreichsten Schaltstelle des NS-Netzwerkes statt. Die Jahrestagungen der Deutschen Kulturgemeinschaft waren in den vergangenen Jahren in Österreich Ziel polizeilicher Aktion und von einer für die Nazis negativen Pesse begleitet. Deshalb bewegte sich der Troß der DKG schon letztes Jahr irgendwo nach Süddeutschland, wo ihre Treffen weniger Aufsehen erregten. Für den reibungslosen Ablauf des diesjährigen NS-Kadertreffens sorgten die thüringischen Behörden. Schon im Vorfeld forderten sie Mitarbeiter des evangelischen Pfarramtes Saalfeld zum Stillschweigen auf. Die Stadtverwaltung sagte zu, ein Verbot zu erwirken. Offensichtlich ging es dem "Amt für Ordnung- und Innere Sicherheit" darum, das Nazi-Treffen ohne öffentliche Proteste stattfinden zu lassen. Mit den Nazis kam die zusammengezogene Bereitschaftspolizei und ging gegen antifaschistische Jugendliche aus Saalfeld vor.

Braune Kader...

Der jährliche Aufmarschversuch verschiedener NS-Organisationen am Volkstrauertag gibt einen Einblick, wie geschätzt die älteren Herren und Damen der DKG "in den Kreisen junger Kameraden" sind. Kader fast sämtlicher NS-Nachfolgeorganisationen folgten dem Aufruf der Scharnierorganisation des bundesdeutschen und österreichischen Faschismus. Die DKG oder das Deutsche Kulturwerk europäischen Geistes (DKEG) oder der Freundeskreis Ulrich von Hutten bezeichnen ein quasi identisches Spektrum. Hier leiten alte Waffen-SSler junge Nazis an und hier werden strategische Absprachen getroffen. Hier trifft sich die Creme des organisierten Faschismus, wie die Teilnehmerlisten früherer Treffen belegen. Der Bundesführer der Wiking Jugend sitzt hier mit der Führung der Nationalistischen Front an einem Tisch, zusammen mit unverbesserlichen Alt-Nazis, wie dem Österreicher Herbert Schweiger, der als ehemaliges Mitglied der SS-Eliteinheit "Leibstandarte Adolf Hitler", noch heute einen Großteil der Fäden heutiger NS-Organisationen in der Hand hält. Hier präsentierte sich dieses Jahr auch der als kommender "Führer" gehandelte Wolfgang Juchem (Deutsche Liga und Aktion Freies Deutschland).

Sämtliche oben genannten Vereine gingen im Laufe der Jahre aus dem DKEG hervor. Das DKEG, Abteilung BRD, wurde am 1.Mai 1950 von Dr. Herbert Böhme, Miglied der obersten SA-Führung, Mitglied der Reichspropagandaleitung der NSDAP und "Reichsfachschaftsleiter für Lyrik in der Reichsschriftumskammer", ins Leben gerufen. Nach dem Verbot der Sozialistischen Reichspartei, 1952, spielte dieser Verein eine wesentliche Rolle in der Aufrechterhaltung der verbotenen organisatorischen Bemühungen. Die selbe Rolle spielen die oben genannten Vereinigungen heute wieder, wenn sie unter dem Denkmantel der Kulturpflege ihre Treffen abhalten.

... gastfreundliche Thüringer und...

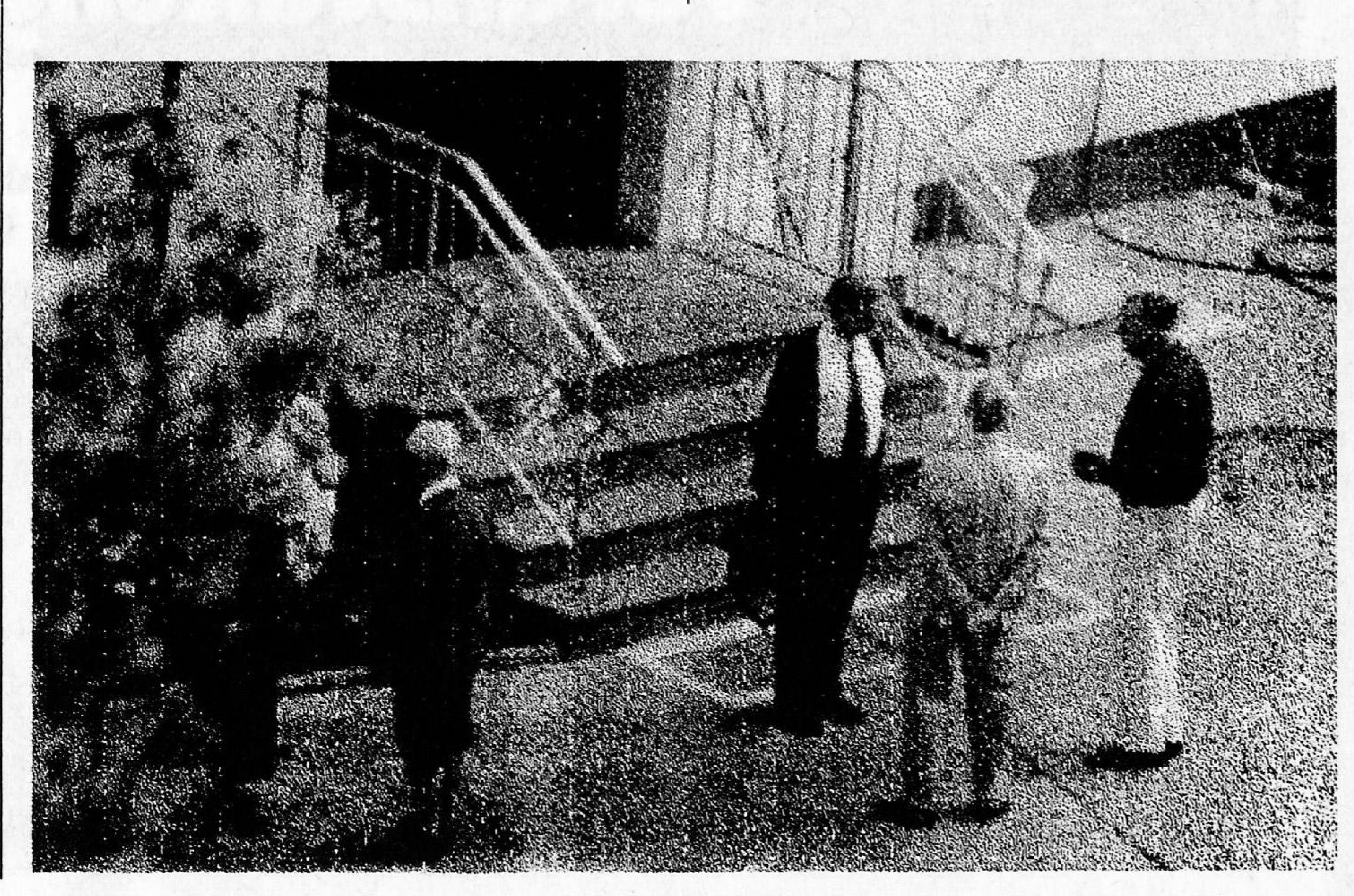
Für einen quasi ungestörten Ablauf dieses Kader-Treffens machte sich die Saalfelder Stadtverwaltung, genauso wie das thüringische Innenministerium stark. Bereits eine Woche vor der Versammlung protestierten Mitarbeiter des Evangelisch-Lutherischen Pfarramtes der Stadt Saalfeld bei der Stadtverwaltung. Diese forderte die Kirchenmitarbeiter zu Still-Schweigen auf, damit die Stadt nicht in einen üblen Ruf kommen solle. Außerdem sagte man zu, ein Verbot zu erwirken. Dies blieb aber ebenso folgenlos, wie die Briefe des Pfarramtes an das Bundesinnenministerium und das Erfurter Innenministerium, in denen ein Verbot der Tagung gefordert wurde.

Den Nazis wurden über die Saalfelder Touristeninformation Zimmer in der "Pension Müller" vermittelt und das "Waldhotel Mellestollen" bot sich als Tagungsort an. Vor dem Hotel zeltete die angereiste Schutztruppe der Wiking Jugend, die ihrerseits von einem Ring Polizei vor unerfreulichen Besuchen seitens möglicher GegendemonstrantInnen geschützt wurde.

... eine fürsorgliche Polizei!

Die Polizei wartete nicht auf eventuelle Störungen seitens der Antifa, sondern ging gleich in die Offensive. Eine Hundertschaft der zusammengezogenen Bereitschaftspolizei belagerte am Freitag abend das Erfurter Klubhaus in Saalfeld, in dem sich fortschrittliche Jugendliche treffen. Vorwand war die Präsenz von Nazi-Skinheads in der nahegelegenen kommerziellen Discothek Malibou. Ohne, daß es zu einem Zwischenfall gekommen wäre, rückte die Polizei an und drohte mit einer Durchsuchung des Klubhauses. Wie bei zahlreichen ähnlichen Aktionen, verhielt sich die Polizei äußerst aggressiv und drohte, ihre Polizeihunde auf die Jugendlichen loszulassen. Nur dem Einsatz des Klubleiters ist es zu verdanken, daß die Beamten unverrichteter Dinge wieder abziehen mußten, wenn man von der willkürlichen Festnahme eines Jugendlichen einmal absieht.

Doch der Gipfel staatlicher Unverfrorenheit war damit noch nicht erreicht. Am Sonntag vormittag führten die TeilnehmerInnen der Tagung in 20er bis 30er Gruppen unter dem Schutz von Ordnern der Wiking-Jugend eine Stadtbesichtigung durch. Zuvor hatte der Leiter des Thüringer Heimatmuseums Dr. Werner den morgendlichen Vortrag bestritten. Zur Stelle war eine kleine Gruppe von



AntifaschistInnen, um diese denkwürdige Besichtigung mit der Photokamera festzuhalten. Die Mitglieder der Wiking-Jugend griffen daraufhin die Antifas sofort an und bewarfen diese mit Steinen. Es ergab sich ein kleines Handgemenge, in dem sich die jugendlichen Antifas verteidigen mußten und sich daraufhin zurückzogen. Doch der Polizei war die Dokumentation des Nazi-Treibens ebenso unrecht wie den Faschisten. Beamte durchsuchten ein nahegelegenes Kaffee und nahmen 10 Jugendliche fest. Es wurden zwei Photokameras und drei Filme beschlagnahmt. Die Antifas mußten sich auf der Straße an die Wand stellen, ihnen wurden Handschellen bzw. Plastikbänder angelegt, und danach wurden sie für mehr als 8 Stunden auf der Wache festgehalten. Dort wurden sie unter Androhung von Gewalt einer Sonderbehandlung unterzogen, einer mußte sich nackt ausziehen und acht von ihnen mußten Stunden stehend in einer Garage unter Bewachung verbringen. Alle Festgenomenen wurden erkennungsdienstlich behandelt und von der SOKO 1 (Mordkomission!) verhört. Danach fanden bei allen Angeschuldigten Hausdurchsuchungen, teilweise ohne Hinzuziehung von Zeugen, statt. Die Polizei glaubte die Version der "Gäste der Stadt Saalfeld", der Wiking-Jugend, und ermittelt ausschließlich gegen die Antifas.

Wie zu erwarten, wurden die später gestellten Dienstaufsichtsbeschwerden gegen die Polizei zurückgewiesen und die Antifas warten auf die Anklageerhebung, damit sich Faschisten auch künftig in Saalfeld wohl fühlen können.

TeilnehmerInnen der Jahrestagung der DEUTSCHEN KULTURGEMEINSCHAFT:

Eingeladen wurde vom DEUTSCHEN KULTURWERK EUROPÄISCHEN GEISTES (DKEG), vom FREUNDESKREIS ULRICH VON HUTTEN und von der NOTGEMEINSCHAFT FÜR VOLKSTUM UND KULTUR.

Angekündigt waren:

- LISBETH GROLITSCH (Jahrgang 1922 - Präsidentin der österreichischen DKG/DKEG und zusammen mit OTTO ERNST REMER Gründerin des Freundeskreises Ulrich von Hutten - 1982)
- HERBERT SCHWEIGER (Jahrgang 1924 - ex-"Leibstandarte Adolf Hitler", enger Weggefährte von OTTO SKORZENY, Organisator der SS-Nachfolgeorganisation ODESSA - Rattenlinie, sitzt im Vorstand und Beirat der österreichischen DKG)
- WOLFRAM NAHRATH (31 - der Bundesführer der WIKING JUGEND, Berlin, er erbte dieses Amt 1990 von seinem Vater WOLFGANG NAHRATH - Gründer der HJ-Nachfolgeorganisation 1952, Wolfram Nahrath nimmt eine zentrale Rolle bei der Organisation der alljährlichen Aufmärsche zum sog. "Heldengedenken" ein)
- ERNST GÜNTER KÖGEL (Jahrgang 1926 - der pensionierte Lehrer aus Remscheid wurde wegen Volksverhetzung zu 12.600 DM Geldstrafe auf Bewährung verurteilt, wegen der Behauptung, die Gaskammern von Ausschwitz und Treblinka seien Teil der "genialen psychologischen Kriegsführung der Engländer" gewesen)
- WOLFGANG JUCHEM (der ehemalige Geheimdienst-Mitarbeiter aus Hessisch Lichtenau ist alljährlicher Redner auf den sog. "Hess-Gedenkmärschen" und Mitglied der DEUTSCHEN LIGA FÜR VOLK UND HEIMAT, sowie Vorsitzender der AKTION FREIES DEUTSCHLAND)
- SEPP BIBER (WJ), Dipl. Ing. INGO TIJSSEN, GEORG ZIEGLER, HANS MAYR, FRITZ BECKER (Autor von "Stalins Blutspur durch Europa"), HUBERT DEURINGER ("Komponist und Orchesterleiter"), Dr. WERNER (Leiter des Heimatmuseums Thüringen)

für weitere Informationen:
Antifa-Info 16, 17, 20, 22 und "Aufbruch der Völkischen" (1993) - Wolfgang Purtscheller erschienen bei Picus



Bestellung

Hiermit bestelle ich .... Thüringer Antifa-Nachrichten

Auf das folgende angezeigte Konto habe ich DM .... überwiesen (Preis pro Ausgabe 150,- + Porto)

Konto: Angelo Lucifero, Kennwort "ThAN", Kto. Nr. 237124, Bank für Gemeinwirtschaft Erfurt

Vor- u. Nachname:

Strasse:

Plz/Ort:

Organisation/Initiative:

Tel. Nr.:

Bestellungen an: Thüringer Antifa Nachrichten, Juri-Gagarin-Ring 150, 99084 Erfurt

Beruf Neo-Nazi

Für Ende November im Kinoklub Hirschlachufer war er angekündigt: "Beruf Neo-Nazi" von Winfried Bonengel.

Bonengel ist in Deutschland inzwischen bekannt geworden, durch die Rolle, die er beim "Ausstieg" des neofaschistischen Kaders Ingo Hasselbach aus Berlin spielte. In dem inzwischen mit großem Werbeaufwand publizierten Buch "Der Aussteiger" übernahm Bonengel den Ghostwriter, das heißt er schrieb, und Hasselbach lieferte den Klatsch und Tratsch, der den Inhalt des Buches bestimmt. Die Message des Buches, der liebe Ingo ist ausgestiegen weil es ja jetzt(ach, auf einmal) bei den Nazis um Morde gegen Wehrlose geht. Von einer ernsthaften antirassistischen Motivation ist in dem Buch, weder bei Hasselbach noch bei Bonengel, nichts zu bemerken.
In seinem Film über den Neo-Nazi Ewald Bela Althans aus München verhält sich das nicht anders, im Gegenteil.

Die Kamera filmt ständig von unten ehrfurchtsvoll aufblickend zu dem großen, sich in "Führerpose" befindenden Nazi.
Dargestellt wird, wie Althans, zusammen mit Zündel(Kanada) an seinem Projekt, dem Wiederaufbau der NSDAP in Deutschland und der Leugnung der Judenvernichtung im Nationalsozialismus arbeitet.
Überall trifft er auf Zustimmung, erhält Geldspenden aus aller Welt, erlebt auf seine Reden hin tosenden Applaus, erfährt Zustimmung in Gesprächen oder geht als Sieger aus Auseinandersetzungen hervor. Der ständig dynamisch dargestellte Weg des großen, blonden sich als sog. Herrenmenschen betrachtenden Althans findet im Film kaum Widerspruch, sei es im chinesischen Viertel Torontos, sei es in Polen, in München oder im KZ Auschwitz. Dort bietet ihm Bonengel im Film vor Ort die Möglichkeit und das Forum, vor dem Publikum den Holocaust und die Vernichtung der Millionen Juden in den Gaskammern von Auschwitz zu verleugnen.
In einer Gesellschaft, in der die Aufarbeitung des Nationalsozialismus eine zentrale Rolle spielen würde, in der Nazis und Reaktionäre geächtet und eine antirassistisches Bewegung stark wären, könnte dieser Film eventuell eine weiterführende Provokation darstellen.
Aber die Realität, in der wir leben, ist anders und dieser Film, der so schockiert wie die Abendnachrichten über einen Flugzeugabsturz, der weder aufklärt noch zu antifaschistischem bzw. antirassistischem Verhalten aufruft, ist gerade hier im Osten für die vielen latenten rechtsorientierten Jugendlichen eher Anleitung und Motivation.
Nachdem der Film erst auch in Thüringen abgesetzt worden war, gab es am Mittwoch, dem 1.12.93 die Gelegenheit, den Film im Kinoklub mit anschließender Diskussion anzusehen.
Jedoch zu glauben, wie ein bei der Diskussion Anwesender, Faschisten würden sich durch ihre Dummheit selbst entlarven, ist ein historisch bewiesener Trugschluß.

Casavecchia

Wiesenthal Zentrum - eine Entdeckung

Druck auf die Bundesregierung entsteht gegenwärtig durch die Fragen, die von verdeckten Ermittlungen über Neonazis entstanden sind.
Zwei Mitglieder des Deutschen Bundestages, darunter Dr. Sigrid Semper (FDP), drängen die Regierung , Yaron Svoray, den 38jährigen israelischen Ermittler, der das Unternehmen für das Wiesenthal Zentrum durchführte, kommen zu lassen.
Ein anderes Mitglied des Bundestages, Ulrich Fischer (Grüne), der das Bündnis 90 anführt, verlangt ebenfalls nach sofortigem Handeln der Regierung.
Inzwischen hat der US- Kongreßabgeordnete Tom Lantos (DCA) zu verstehen gegeben, daß Mr. Svoray und Zentrum-Funktionäre gefragt würden, im nächsten Monat auf dem Capitol-Hügel bei Anhörungen zu sprechen, die sich auf die wachsende Neonazi-Bedrohung in Europa konzentrieren. Wenn auch durch die neuen Entwicklungen ermutigt, drückte das Zentrum seine Frustration über das Versäumnis des Handels der Bundesregierung auf die Ergebnisse der sechsmonatigen, auf drei Kontinenten durchgeführten verdeckten Ermittlung aus.

Die Erkenntnisse enthielten:
1. Beweise, daß Mitgliedschaften in manchen Neonazigruppen ernstlich von Behörden unterschätzt werden
2. Hinweise auf ein geheimes Einverständnis von Polizei und Neonazis in Hessen und anderen deutschen Bundesländern
3. Beweis von Verbindungen zu Fanatikern in den USA, Südamerika und Südafrika
4. Einzelheiten über die Anstrengungen, die Aktivitäten und Botschaften des Nationalsozialismus überall in Deutschland zu verbreiten "Wir sind entsetzt, daß unser guter Wille gegenüber den Behörden auf die Ergebnisse unserer Ermittlung in eine offizielle Wand von schweigender Gleichgültigkeit umgesetzt wurde", sagte Rabbi Abraham Cooper, beigeordneter Dekan des Wiesenthal Zentrums. "Ernste Fragen nach dem Verhalten einer gewissen deutschen Polizei, das Ausmaß von Neonazi Mitgliedschaften und Aktivitäten und Verbindungen zu Fanatikern weltweit haben sich gesteigert. Das Zentrum ist im Besitz von Dokumenten, von Stunden von Videoaufnahmen und Tonmaterial, welche von Bedeutung für alle Behörden sein könnte - auf Landes- und Bundesebene - die Neonaziaktivitäten überwachen, und jetzt einen Monat später, haben wir keine einzige Anfrage für Termine oder nach Daten. Verweisend auf den steigenden Gebrauch von Computern und elektronischen Postsendungen von deutschen Neonazis, fügte Rabbi Cooper hinzu: "Wir befürchten, daß Deutschland Taktiken aus den 60ern benutzt, um sich mit den Problemen der 90er zu befassen."


Reps in Erfurt

Zitat eines Flugblattes

Seit mehreren Tagen sitzen Mehmet, Abidin, Fatma und Erkan im Knast

Mehr als anderthalb Jahre nach dem Tod des Funktionärs der faschistischen Deutschen Liga, Gerhard Kaindl, verhaftete der Berliner Staatsschutz vier AntifaschistInnen und fahndet nach zehn weiteren. Der Vorwurf lautet auf Mord, Mordversuch, Beihilfe zum Mord und Körperverletztung. Die Ermittlungsbehörden berufen sich auf Aussagen eines angeblich Tatbeteiligten, dessen Identität von den Behörden bislang geheimgehalten wird.

Seit Montag, dem 15. November durchsucht die Polizei Wohnungen von AntifaschistInnen, ihren Angehörigen und Freunden. Einer verhafteten 22-jährigen Kurdin wurde die Dienstwaffe an den Kopf gehalten. Als eine Nachbarin hinzukam, wurde diese ebenfalls mit gezogener Waffe am Kopf empfangen und ihr erklärt, die Beschuldigte sei eine Terroristin. Den Eltern eines weiteren Beschuldigten wurde sinngemäß erklärt, daß ihr Sohn liquidiert würde, falls er im Falle einer Verhaftung Widerstand leisten sollte.
Für Fatma gelten Sonderhaftbedingungen, was absolutes Kontaktverbot, keine Bücher, ständige Kontrolle, 23 Stunden Einschluß und Hofgang allein bedeutet.
Bis zum Wochenende hat Fatma keinen Brief, kein Telegramm erhalten, beim bisher einzigen Besuch wurden weder Umarmungen noch Berührungen erlaubt. Über die Haftbedingungen der anderen Verhafteten ist bisher nichts bekannt.

Vorverurteiung durch die Medien und Polizei

Nach der Kriminalisierung von türkischen Jugendlichen seit 1991, die sich gegen den faschistischen Terror zu wehren begannen, folgte 1992 die Hetze gegen Antifasist Genclik, eine der wenigen antifaschistischen Initiativen verschiedener türkischer und kurdischer Menschen. Offensichtlich sollte diese Initiative, wie schon 1992, kriminalisiert und jetzt als Tätergruppe aufgebaut werden.
Schon kurz nach dem Tod von Gerhard Kaindl stand für die Berliner Polizei fest, daß die vermeintlich Beteiligten türkischer Nationalität sein müßten, obwohl gleichzeitig betont wurde, daß "die Täter maskiert" gewesen seien.
Damit fand von Polizeiseite eine Vorverurteilung statt, und die Rede war von "einem politisch motivierten Mord". Die Ermittlungen der 20-köpfigen Sonderkommission des Staatsschutzes zielten von Beginn an auf die Kriminalisierung von Antifasist Genclik. Sie steht auf dem Präsentierteller, weil sie sich als Initiative von türkischen Menschen selbst gegen den alltäglichen Rassismus und Faschismus stellt. Verhaftet wurden jetzt einige der Menschen, die stets auch öffentlich gegen Rassismus und Faschismus aufgetreten sind. In der Kriminalisierungslinie steht auch, daß es gegen Faschisten so gut wie nie einen Mordvorwurf gegeben hat - nach mehr als 60 von Nazis ermordeten Menschen.

Jetzt wird in den Medien mit Überschriften wie "Mord an Rechtsextremist ist aufgeklärt" (Tsp vom 20.11.93) schon im Vorfeld abgeurteilt. Die Vorreiterrolle in dieser Kampagne hat dabei der Tagesspiegel, der sich zuletzt sogar auf die Justizpressesprecherin berief. Im deutlichen Kontrast zu den Verharmlosungen, die wir aus den Prozessen gegen Faschisten kennen, werden hier, die bisher 10 Durchsuchungen, mit sichtlicher Genugtuung begleitet. Unrecherchiert wird die These übernommen, daß eine türkische antifaschistische Gruppe für den Tod Kaindls verantwortlich sei. Stets wurde und wird von Medien, Polizei und Justiz der angeblich unpolitische Hintergrund von faschistischen Mördern betont, die Einzeltäter-Theorie vertreten oder gar Verständnis verbreitet. Die Entpolitisierung rassistischer Pogrome und Morde steht auf der Tagesordung, während gleichzeitig nahezu jedes Wochenende Menschen umgebracht, mit Molotow-Cocktails beworfen oder zusammengetreten werden. Daß in einem politisch von Pogromen und staatlich forciertem Rassismus aufgeheizten Klima in einer Auseinandersetzung auch ein Faschist umkommen kann, ist nicht verwunderlich. Auch eine Kriminalisierung, wie wir sie jetzt erneut erleben, wird uns nicht davon abhalten, weiterhin gegen Faschismus und Rassismus zu kämpfen. Wir finden es richtig und notwendig, wenn wir von Nazi-Treffen hören, dort hinzugehen, vor Ort präsent zu sein und einzugreifen.

Kumpanei von Justizverwaltung und Nazis

Offensichtlich ist, daß Ermittlungsergebnisse vom Staatsschutz an die Deutsche Liga weitergegeben wurden. Diese meldete in ihrer Parteizeitung (Deutsche Rundschau - 10/92), daß "sämtliche acht Täter ermittelt sein".
Die Nazis erklärten, auch die "Namen und Anschriften der türkischen Mörder" seien ihnen bekannt, und alle Beteiligten seien "Antifasist Genclik" zuzuordnen. Der Artikel endete mit der offenen Drohung "Wir kriegen euch alle".

Polizei und Justiz auf dem rechten Auge blind

Während also angeblich in diesem "Fall" alles klar, der vermeintliche Mord aufgeklärt ist und die Faschisten offen drohen können, ist in anderen Fällen die Berliner Polizei weitaus "vorsichtiger" mit Anschuldigungen; komischerweise immer dann, wenn es sich um Täter aus den Reihen des Nazi-Spektrum handelt. Am Sonntag, dem 21. November, war es genau ein Jahr her, daß der Antifaschist Sivio Meyer auf dem Friedrichshainer U-Bhf umgebracht wurde. Damals trat die Berliner Polizei mit einem falschen Obduktionsergebnis an die Öffentlichkeit und behauptete, das Messer, mit dem Silvio getötet worden war, sei sein eigenes und der Täter hätte aus Notwehr gehandelt. Obwohl die drei später verurteilten Täter direkt aus dem Judith-Auer Club kamen; der zu der Zeit einer der wichtigsten Rekrutierungsorte auswärtiger und Berliner Neonazis war, wurde ein politischer Hintergrund von vornherein ausgeschlossen. Von vornherein ausgeschlossen wurde auch eine Anklage wegen Mord. In der Hauptverhandlung wurde den angreifenden Faschos bescheinigt, daß sie nicht in Tötungsabsicht gehandelt hätten und es die angegriffenen Antifas waren, die provoziert hätten, weil sie nicht weggelaufen sind.

Wir werden auch in Zukunft nicht weglaufen!

* Sofortige Freilassung aller Gefangenen !
* Schluß mit der Kriminalisierung des antifaschistischen Widerstandes !
* Lückenlose Aufklärung der Kontakte zwischen faschistischen Kadern und Staatsschutz!

FreundInnen und AntifaschistInnen,
Berlin, am 21.November 1993

Der Einblick

vermittelt Einblicke in den staatlichen Rassismus

Fast hysterisch reagierten Medien und Politik als am 1. Dezember bekannt wurde, daß die Anti-Antifa über Dänemark eine Liste mit ca. 400 Namen von potentiellen Opfern des Faschismus in die Faschoszene der BRD eingeschleust hat. Politiker, Künstler, Staatsorgane und Antifas, GewerkschafterInnen und andere Linke stehen genauestens mit ihren Lebensgewohnheiten beschrieben zum "Abschuß" bereit.

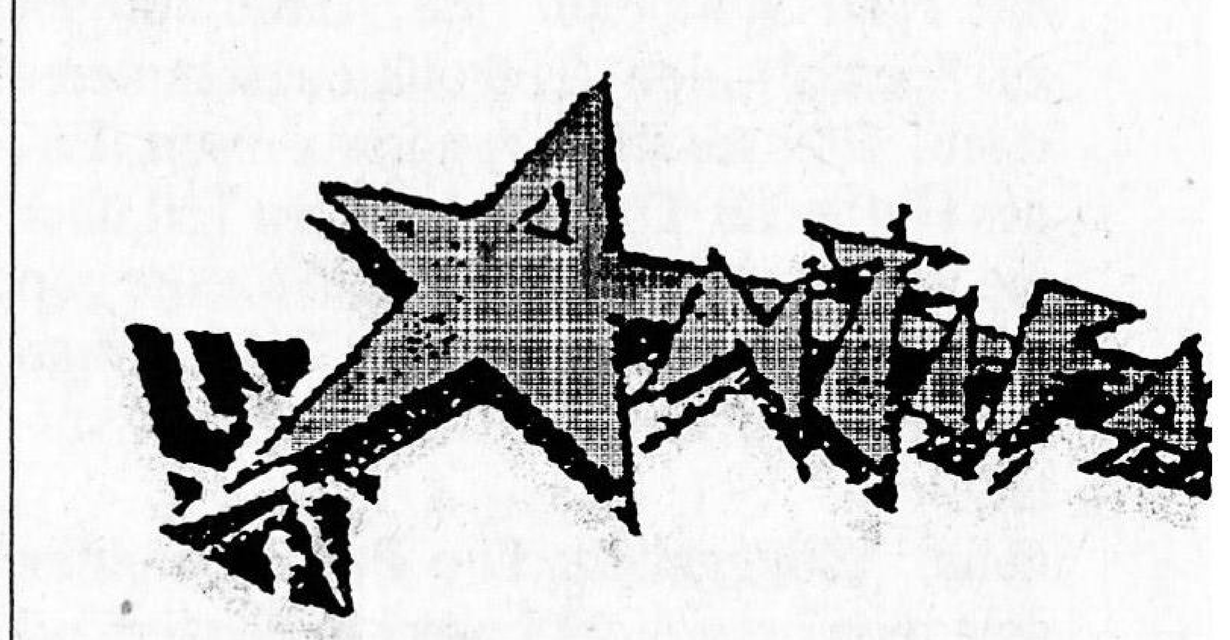
Nichts Neues?

Schwarze Listen hat der militante Flügel des Neofaschismus seit eh und je. Woher also die Aufregung? Die potentielle Opfer sind nicht mehr "nur" AsylbewerberInnen, AusländerInnen, GewerkschafterInnen und Antifas, jetzt stehen auf diese Liste auf einmal Vertreter des Staates auf der Abschußliste, sog. Prominente.
Es scheint für die veröffentlichte Meinung und den Staat, ein gewaltiger Unterschied zu sein, ob die rechte Gewalt einen Autonomen, eine/n AusländerIn trifft, oder einen Landtagsabgeordneten trifft.

In diesem Staat gilt zweierlei Maß - es ist also in sich ein rassistischer Staat.

Für die Nichtprominenten kann das nur heißen: Wir müssen uns dem Studium des Reichsbanner, Roter Frontkämpferbund und Giordano Appell hingeben und Schlußfolgerungen ziehen, die geeignet sind das Leben von Minderheiten gegen den rechtsextremen Terror und den wegschauenden Staat zu schützen.

Joseph Grüne



Rezension

"RECHT GEGEN RECHTS: Was jeder gegen Nazis tun kann"

herausgegeben vom Jugendinformationszentrum München

"Heute abend um halb zwölf in der Kneipe: Den Typen zwei Tische weiter werden ihre Türkenwitze langsam langweilig, aber es gibt ja auch noch die Juden. Derart aufgeheitert grölen sie dann ein Liedchen: "die Fahnen hoch, die Reihen fest geschlossen, SA marschiert ..." und so. (...) Warum nicht einfach die grünen Herren mit dem Blaulicht auf dem Dach rufen? Schließlich haben Dir die Nazi-Idioten nicht nur den Abend versaut, sondern auch noch ein paar Straftaten begangen. Es gibt viele Möglichkeiten, etwas gegen Faschos zu tun. In diesem Heft stellen wir die vor, bei denen die Staatsgewalt Dir hilft."

Das Heft ist handlich (A6), schick und hat 32 Seiten. Und es ist sicher eine Marktlücke: Beschrieben werden eine Menge Möglichkeiten, gegen Flugblätter, rassistische oder antisemitische Äußerungen, Nazidemos oder dergleichen mit Hilfe der Polizei oder der Staatsanwaltschaft vorzugehen.
Besprochen werden unter anderem dabei die Artikel 86 ("Verbreitung von Propagandamitteln"), 86a ("Verwendung nationalsozialistischer Kennzeichen"), 130 ("Volksverhetzung") und 189 ("Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener") aus dem Strafgesetzbuch. Jugendliche - für die die Broschüre offensichtlich gemacht ist - werden darauf hingewiesen, daß es keine Straftat ohne Kläger gibt und ermutigt, im Falle des Falles Anzeige zu erstatten.

Eine Reihe von Fallbeispielen verdeutlichen dabei, daß das Melden einer Straftat durchaus Chancen auf Verfolgung durch die Polizei haben kann. Eine nach "strafbar" und "nichtstrafbar" geordnete Liste mit Nazi-Symbolen und Anmerkungen zu Spezialfällen (Hakenkreuzschmierereien, Presserecht) runden diesen Teil des Heftes ab. Danach folgt ein Teil über die Art und Weise, wie eine Anzeige von Statten gehen muß, welche Rechte man hat (Kontrollmöglichkeiten, Anonymität),
denn: "Zugegeben: Die Polizeibeamten dort reagieren nicht immer begeistert auf Anzeigen wegen politischer Delikte." Situationsbeschreibungen zu "Kundgebungen", "Flugblatt", "Trödelmarkt" und "Kneipe" verdeutlichen konkret die Handlungsmöglichkeiten.

Prädikat: Besonders wertvoll

Abgesehen von den ganz Konsequenten unter uns, die niemals und wegen garnichts zur Polizei gehen würden, sollte eigentlich jedeR dieses Heft in der Tasche haben. Ideal für Jugendzentren, Unterricht und Antifa-Gruppen, auch wenn die gebotenen Informationen wahrscheinlich für manche Fälle nicht spezifisch genug sind. Das Heftchen ist gegen fuffzich Fennich und Portokosten zu kriegen beim **Jugendinformationszentrum München, Paul-Heyse-Str. 22, 80336 München, Tel. 089 - 514106-60, Fax. 089 - 514106-96**
Ein Nachdruck - mit schriftlicher Genehmigung - ist erwünscht und wird vom Jugendinformationszentrum unterstützt: Es will dann unter bestimmten Bedingungen die Druckvorlagen zur Verfügung stellen.



Endlich! – Erste große Handhebeketten in deutschen Städten! (Foto: Im Stadtzentrum von Eberswalde)

Inhalt

ViSdP.: Joseph Grüne, Eislebenerstrasse 3, 99086 Erfurt; Fax: 0361 38299
Namentlich gekennzeichnete Artikel entsprechen nicht unbedingt der Meinung der Redaktion.